PKBS

Pensionskasse Basel-Stadt

Geschäftsbericht und Jahresrechnung

2012

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Geschäftsbericht 2012 3

1. Das Geschäftsjahr im Überblick (Zusammenfassung) 3

2. Tätigkeitsbericht der Organe 3
- a) Verwaltungsrat 3
- b) Anlagekommission 4
- c) Geschäftsstelle 4

3. Die finanzielle Lage 5
- a) Deckungsgrad 5
- b) Wertschwankungsreserven 5
- c) Sanierungsmassnahmen 5

4. Vorsorge 7
- a) Angeschlossene Arbeitgeber 7
- b) Versicherungen und Leistungen 7

5. Vermögensanlagen 8
- a) Allgemeines Wirtschafts- und Börsengeschehen 8
- b) Strategie und Anlagestruktur 8
- c) Anlageergebnis/Performance 11
- d) Vermögensverwaltung 11

Teil II: Jahresrechnung 14

1. Bilanz per 31. Dezember 2012 (in CHF) 14

2. Betriebsrechnung 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 (in CHF) 17

3. Anhang 20

1. Grundlagen und Organisation 20
2. Aktive Versicherte und Rentenbeziehende 26
3. Art der Umsetzung des Zwecks 30
4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit 32
5. Versicherungstechnische Risiken/Risikodeckung/Deckungsgrad 33
6. Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage 39
7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung 50
8. Auflagen der Aufsichtsbehörde 53
9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage 53
10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 54
11. Abkürzungen und Begriffe 55

Teil III: Bericht der Revisionsstelle 59

Teil I: Geschäftsbericht 2012

1. Das Geschäftsjahr im Überblick (Zusammenfassung)

Das Geschäftsjahr 2012 der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) stand im Zeichen der Erarbeitung der Revision des PK-Gesetzes, welche im Geschäftsbericht 2011 angekündigt worden ist.

Die Entwicklung der Finanzmärkte hat im 2012 zu einer leichten Entspannung geführt. Die Performance betrug 6,7% und überstieg damit die Sollrendite von 4,6% um 2,1%. Es darf jedoch nicht darüber hinweggesehen werden, dass der durchschnittliche Performancebeitrag in den letzten fünf Jahren von 1,7% resp. in den letzten zehn Jahren von 3,9% die erforderliche Sollrendite von 4,6% nicht erreicht. Das bedeutet, dass die Fokussierung der Aktivitäten auf das langfristige Herstellen des finanziellen Gleichgewichts von zentraler Bedeutung bleibt.

Unter Berücksichtigung des Performancebeitrages 2012 stieg der Gesamtdeckungsgrad per 31. Dezember 2012 auf 99,4% (Vorjahr 96%). Der Deckungsgrad im Bereich Staat beträgt 98,7% (Vorjahr 96,8%). Der durchschnittliche Deckungsgrad der angeschlossenen Institutionen beträgt 100,5% (Vorjahr 93,1%; inkl. Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht). Die Unterdeckung beträgt inkl. Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht gesamthaft CHF 58 Mio. (Vorjahr CHF 405 Mio.), im Bereich Staat CHF 77 Mio. (Vorjahr 252 Mio.) und die Überdeckung bei den Institutionen CHF 20 Mio. (Vorjahr Unterdeckung von CHF 153 Mio.).

Im Berichtsjahr sind ferner die Vorbereitung der Umstellung der technischen Grundlagen von EVK 2000 (4%) auf VZ 2010 (4%) auf den 1. Januar 2013 sowie die Anpassung und Automatisierung der Einnahmen- und Ausgabenrechnung per 1. Januar 2012 behandelt worden.

Der Gesamtbestand der versicherten Personen wuchs um rund 2,6%. Das periodische Beitragsvolumen hat im selben Umfang zugenommen. Das Wachstum ist vor allem auf den kollektiven Übertritt bei der Musikakademie Basel-Stadt und auf die Bestandeszunahme beim Universitätsspital Basel zurückzuführen.

Hauptsächlich infolge Verselbständigung der Spitäler Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital und Universitäre Psychiatrischen Kliniken Basel hat sich der Anteil des Kantons Basel-Stadt am Bestand der versicherten Personen um 5 613 (36%) reduziert und derjenige der Institutionen um 6 281 (142%) erhöht.

2. Tätigkeitsbericht der Organe

a) Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat traf sich im Berichtsjahr zu vier ordentlichen Quartals-Sitzungen, zwei ausserordentlichen Sitzungen und drei Workshops. Der Prüfungsausschuss der PKBS sowie der Ausschuss für Personalfragen tagten im Berichtsjahr je viermal.

Im März 2012 wurde die neue Direktorin der PKBS begrüsst. Beat Siegenthaler trat aus beruflichen Gründen vom Amt als VR-Präsident auf Ende April zurück. Nachfolger als Präsident wurde Christoph Tschan.

Während des ganzen Berichtsjahres hat sich der Verwaltungsrat sowohl an den ordentlichen, den ausserordentlichen Sitzungen sowie im Rahmen der Workshops intensiv mit der Entwicklung des Gesamtkonzepts zur Revision des PK-Gesetzes befasst (Senkung des technischen Zinssatzes, Umsetzung der Anforderungen aus der Strukturreform). Er hat sich in enger Zusammenarbeit mit der Anlagekommission und der Expertin für berufliche Vorsorge mit der zu erwartenden Anlagerendite und den für die Festlegung des technischen Zinssatzes zu

beachtenden Fachrichtlinie (FRP49 der Schweizerischen Kammer der Pensionskassen-Experten) auseinandergesetzt. Gemeinsam mit der Expertin für berufliche Vorsorge und Vertretern des Finanzdepartements wurden die Varianten für künftige Vorsorgelösungen geprüft, die Vor- und Nachteile der Voll- und Teilkapitalisierung sowie des Leistungs- und Beitragsprimats evaluiert, Besitzstandsvarianten erarbeitet, daraus Optionen abgeleitet und die damit zusammenhängenden finanziellen Folgen dokumentiert. Der Verwaltungsrat hat sich zudem mit der strukturellen Revision des Pensionskassengesetzes auseinandergesetzt. Seine Überlegungen sind in die Vernehmlassungsvorlage des Finanzdepartements des Kantons Basel-Stadt eingeflossen, welche Mitte Januar 2013 publiziert worden ist (Internet-Link: http://www.regierungsrat.bs.ch/staatskanzlei/vernehmlassungen.htm#pensionskassengesetzes).

Bereits im Berichtsjahr 2011 hat der Verwaltungsrat die Umstellung auf die neue Rechnungsgrundlagen VZ 2010 (4%) per 1. Januar 2013 beschlossen. Im Berichtsjahr 2012 hat der Verwaltungsrat zusätzlich die Senkung des in den Kombiprimatlösungen geltenden Umwandlungssatzes auf den 1. Januar 2014 bestimmt.

In Zusammenhang mit den Ausgliederungen von Betrieben aus dem Vorsorgewerk Staat und der daraus resultierenden Vergrösserung der Gruppe der Institutionen hat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr die Anpassung des Wahlreglements beschlossen. Neu hat der Wahlkreis Institutionen Anspruch auf vier (bisher zwei) und der Wahlkreis Staat Anspruch auf acht (bisher zehn) Sitze. Diese Anpassung hat Auswirkung auf die Zusammensetzung des Verwaltungsrates für die Wahlperiode 2013 bis 2017.

Schliesslich wurde die Verzinsung der zusätzlichen Sparkapitalien festgelegt und über die Verwendung des Teuerungsfonds Staat entschieden: Auf eine Ausschüttung (Rentenerhöhung) im Bereich Staat wurde im Berichtsjahr verzichtet.

b) Anlagekommission

Die Anlagekommission besteht ausschliesslich aus erfahrenen Anlagespezialisten und international tätigen Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Die Anlagekommission traf sich zu zwölf ordentlichen Sitzungen sowie zu vier Workshops. Die Überprüfung der Mandatsstruktur, die Überwachung der Mandatsnehmer sowie die taktische Asset Allocation gehören zu den ständigen Aufgaben der Anlagekommission. Alle sechs Mitglieder der Anlagekommission wurden im August 2012 für ein weiteres Jahr gewählt.

c) Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle war im Berichtsjahr – nebst der Durchführung des Tagesgeschäfts und der Vorbereitung der Sitzungen der Organe (Verwaltungsrat, Ausschüsse, Anlagekommission) – insbesondere mit der Vorbereitung der Einführung der neuen technischen Grundlagen VZ 2010 (4%) per 1. Januar 2013 und der Umsetzung der «Einnahmen-Ausgaben-Rechnung» beschäftigt, mit welcher für jeden angeschlossenen Arbeitgeber eine eigene Einnahmen- und Ausgabenrechnung geführt werden kann.

Im Berichtsjahr konnte die Geschäftsstelle die Sanierungsvereinbarung mit der Universität umsetzen, welche durch die Parlamente der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft genehmigt wurde. Sie eröffnete für die öffentlichen Spitäler eigene Vorsorgewerke, in welche diese nach ihrer Verselbständigung aus dem Vorsorgewerk des Kantons Basel-Stadt überführt worden sind. Sie führte das Personal der Musikakademie Basel, welches zu einem Teil bei der PKBS und zu einem anderen Teil bei anderen Vorsorgeeinrichtungen versichert war, im Vorsorgewerk bei der PKBS zusammen. Sie schloss die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) an, welche sich mit ihrer Verselbständigung für einen Anschluss an die PKBS entschieden hat. Im Weiteren hat die Geschäftsstelle bei den Rentnern den Lebensnachweis eingeholt, was zu vielen positiven wie auch zu einigen negativen Reaktionen seitens der Betroffenen geführt hat.

Die Geschäftsstelle führte im Berichtsjahr Ausbildungsanlässe für die Personaldienste der Kunden durch. Ziel dieser Anlässe war, dass die wichtigsten Kenntnisse der beruflichen Vorsorge vermittelt wurden, um das Wissen im Bereich der 2. Säule aufzufrischen und zu stärken. Der jährliche Kundenanlass, im Rahmen dessen die Einführung der neuen versicherungstechnischen Grundlagen erläutert wurde und erste Informationen zur Reform des Pensionskassengesetzes erfolgt sind, wurde gut besucht. Einige Kunden nutzten das Angebot der Geschäftsstelle für die Durchführung von Personalorientierungen, im Rahmen derer vor Ort die Vorsorge erläutert wird. Diverse Ausbildungsanlässe, welche im Rahmen des Basel-Städtischen Seminarangebots zum Thema Sozialversicherung stattfinden, wurde von Referenten der Geschäftsstelle unterstützt.

Für wichtige Mitteilungen genereller Art wurden die angeschlossenen Arbeitgeber direkt und detailliert orientiert (Abrechnung an Arbeitgeber über das Geschäftsjahr 2011; Information an Arbeitgeber, Versicherte und Rentner, über den Wechsel der Rechnungsgrundlagen; Information zu den Veränderungen im Jahr 2013).

Mittels der Hauszeitung «aspekte» (Ausgaben Juni 2012 und Dezember 2012) wurden alle Destinatärinnen und Destinatäre ergänzend in die neuen technischen Grundlagen eingeführt, über die Stossrichtung der Revision des Pensionskassengesetzes sowie die Rahmenbedingungen der Verwaltungsratswahlen für die Wahlperiode 2013–2017 informiert. Weitere Informationspflichten wurden durch die Zustellung des jährlichen Vorsorgeausweises an alle Aktivversicherten erfüllt. Die PKBS erstellt ausserdem bei jeder Mutation einen neuen Ausweis und erteilt den Versicherten und Rentenbeziehenden umfassende individuelle Auskünfte und – auf Verlangen – auch provisorische Berechnungen (Simulationen), was von vielen Versicherten gerne in Anspruch genommen wird. Informationen sind auch via Homepage (www.pkbs.ch) erhältlich.

3. Die finanzielle Lage

a) Deckungsgrad

Der Deckungsgrad der Gesamtkasse stieg im Berichtsjahr aufgrund der erzielten Performance an den Anlagemärkten von 96,0% auf 99,4% (+3,4%-Punkte). Sanierungsbeiträge und –einlagen im Umfang von rund CHF 106 Mio. trugen ebenfalls zur Erhöhung des Deckungsgrades bei.

Da die einzelnen Vorsorgewerke ihre Vorsorgekosten selbst finanzieren, sind die für jedes Vorsorgewerk einzeln errechneten Deckungsgrade massgebend. Für das grösste Vorsorgewerk «Staat» ergibt sich ein Deckungsgrad von 98,7% (Vorjahr 96,8%). Der durchschnittliche Deckungsgrad aller Institutionen stieg von 93,1 % (Vorjahr) auf neu 100,5%, unter Anrechnung von Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht. Massgebend für diese starke Zunahme sind neben der erreichten Performance auf den Vermögensanlagen die Erträge der laufenden Sanierungsmassnahmen im Umfang der oben erwähnten CHF 106 Mio. Von den insgesamt 72 Vorsorgewerken der angeschlossenen Institutionen weisen 35 (Vorjahr 46) eine Unter- und 37 (Vorjahr 17) eine Überdeckung aus.

b) Wertschwankungsreserven

Im Bereich Staat besteht aufgrund der per 31. Dezember 2012 bestehenden Unterdeckung keine Wertschwankungsreserve. Der Zielwert von 17% der Vorsorgeverpflichtungen ergibt im Bereich Staat eine Ziel-Wertschwankungsreserve von rund CHF 1,0 Mia. Bei den 37 angeschlossenen Institutionen, welche einen Deckungsgrad grösser als 100% aufweisen, beträgt die Ziel-Wertschwankungsreserve (= 17% der Vorsorgeverpflichtungen) rund CHF 50,0 Mio. Freie Mittel bestehen somit erst, wenn dieser Zielwert überschritten ist.

c) Sanierungsmassnahmen

Bereich Staat

Seit dem 1. Januar 2011 leisten die Arbeitnehmenden einen um 1,6%-Punkte erhöhten ordentlichen Arbeitneh-

merbeitrag an die PKBS (10,1% anstatt 8,5%). Weiter wird der ordentliche Beitrag des Arbeitgebers um 1,6% reduziert, sowie der jährliche Beitrag des Arbeitgebers an den Teuerungsfonds von 2,5% auf 0,1% gesenkt. Mit dieser Reduktion bzw. mit der Entlastung des Arbeitgebers wird die Hälfte des vom Arbeitgeber vorgeschossenen Betrages für die Ausfinanzierung von den Destinatärinnen und Destinatären über einen staatlichen Amortisationsfonds zurückbezahlt.

Die beiden Spezialfinanzierungen, welche der Staat aufgrund der Ausfinanzierung per 1. Januar 2008 und der Sanierung per 31. Dezember 2010 in seiner Jahresrechnung führt, sind nachfolgend aufgeführt.

Ausfinanzierung per 1. Januar 2008: (in Mio. CHF)	**Restschuld Anteil Destinatäre**
01.01.2008	–573,5
31.12.2008	–557,6
31.12.2009	–539,6
31.12.2010	–490,8
31.12.2011	–471,4
31.12.2012	–450,8

Erläuterung: Der Kanton Basel-Stadt hat den Ausfinanzierungsbetrag für den Bereich Staat von CHF 1 379 Mio. per 1. Januar 2008 der PKBS überwiesen. Davon wurden CHF 364 Mio. aus einer in der Staatsrechnung vorhandenen Rückstellung finanziert (232 Mio. für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und 132 Mio. für Arbeitgeber). Der von den Destinatärinnen und Destinatären zu finanzierende Anteil von 50% (1 379 Mio. – 232 Mio. = 1 147 Mio. × 50% = 573,5 Mio.) wird über eine Spezialfinanzierung (Fonds) amortisiert (jährlich 4% der versicherten Lohnsumme; vgl. § 56 PKG). Der obige Betrag zeigt den noch zu finanzierenden Anteil (Restschuld) auf. Ist diese Restschuld amortisiert, treten die in § 56 Abs. 7 PKG und § 27 Abs. 2 Lohngesetz enthaltenen Rechtsfolgen ein

Sanierung per 31. Dezember 2010: (in Mio. CHF)	**Restschuld Anteil Destinatäre**
31.12.2010	–397,5
31.12.2011	–346,3
31.12.2012	–316,7

Erläuterung: Der Kanton Basel-Stadt hat den Sanierungsbetrag für den Bereich Staat von CHF 795 Mio. per 31. Dezember 2010 der PKBS überwiesen. Der von den Destinatärinnen und Destinatären zu finanzierende Anteil von 50% (CHF 397,5 Mio.) wird über eine Spezialfinanzierung (Fonds) amortisiert (jährlich 4% der versicherten Lohnsumme; vgl. § 56 Abs. 4 PKG). Der obige Betrag zeigt den noch zu finanzierenden Anteil auf (Restschuld). Ist die Restschuld amortisiert, treten die in § 56a Abs. 9 PKG enthaltenen Rechtsfolgen ein.

Bereich Institutionen

Alle vor dem Berichtsjahr gestarteten direkten Sanierungskonzepte sind unverändert in Kraft. Die acht Vorsorgewerke, welche eine indirekte Sanierung analog Staat gewählt haben, sind per 1. Januar 2011 voll ausfinanziert worden. Bei je einem Vorsorgewerk erfolgte der volle Ausgleich der Deckungslücke infolge Teilliquidation und im Zusammenhang mit einer Teilfusion.

Aufgrund der im Berichtsjahr wirksam gewordenen Beschlüsse der zuständigen Trägerkantone konnte die Sanierung des Vorsorgewerkes der Universität beider Basel per 31.08.2012 mittels indirekten Modells erfolgen. Bei acht angeschlossenen Arbeitgebern mit geschlossenen Versichertenbeständen (seit Jahren keine Neueintritte mehr) konnte auch im Rechnungsjahr keine Lösung für die Sanierung ihrer Vorsorgewerke gefunden werden.

4. Vorsorge

a) Angeschlossene Arbeitgeber

Als Folge der Ausgliederung aus dem Kanton Basel-Stadt haben sich die drei grossen Spitäler Universitätsspital, Universitäre Psychiatrische Kliniken und Felix Platter-Spital neu zur Durchführung der beruflichen Vorsorge ihrer Mitarbeitenden und Rentenbeziehenden der PKBS angeschlossen und einen Anschlussvertrag abgeschlossen. Als Vorsorgeplan wurde derjenige des Kantons Basel-Stadt gewählt. Aufgrund einer entsprechenden Änderung im PK-Gesetz sind im Anschlussverhältnis PKBS erstmals auch die Rentenbeziehenden in die neu geschaffenen einzelnen Vorsorgewerke übernommen worden. Mit diesen bedeutenden Zugängen ist der Anteil an versicherten Personen im Bereich der angeschlossenen Arbeitgeber massiv angestiegen, was u.a. auch eine entsprechende Anpassung ihrer kollektiven Vertretung im Verwaltungsrat PKBS zur Folge hat.

Im Rahmen einer Teilfusion per 1. Januar 2012 sind 173 Aktivversicherte und 22 Rentenbeziehende in das Vorsorgewerk der Musik-Akademie der Stadt Basel kollektiv eingetreten. Auf den gleichen Zeitpunkt wurde mit dem Kombi-Primat D ein neuer Vorsorgeplan eingeführt. Dieser sieht für das Alterssparen Beitragsprimat und für die Risikoleistungen Leistungsprimat vor. Auf der Grundlage einer besonderen Zusatzvereinbarung zum Anschlussvertrag wurden Abfederungsmassnahmen zum Übergang in den neuen Vorsorgeplan für Versicherte getroffen, welche im Zeitpunkt des Wechsels relativ nahe vor dem Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters standen.

Auf den gleichen Zeitpunkt hat sich die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) mit ihrem Personal zur Durchführung der beruflichen Vorsorge neu angeschlossen.

Aus dem Vorsorgewerk der Stiftung Aufnahmeheim Basel (AHBasel) ist im Berichtsjahr der letzte Aktivversicherte ausgetreten. Dieses (geschlossene) Vorsorgewerk besteht daher nur noch für Rentenbeziehende dieser Institution weiter.

b) Versicherungen und Leistungen

Im Berichtsjahr wurde von den zusätzlichen Einkaufsmöglichkeiten Gebrauch gemacht. So tätigten 176 Personen Einlagen für die vorzeitige Pensionierung in der Höhe von rund CHF 4,4 Mio. sowie 22 Personen Einlagen für die Erhöhung der Überbrückungsrente von rund CHF 0,4 Mio. Im Jahr 2012 wurden 119 Vorbezüge für Wohneigentum von insgesamt rund CHF 10,2 Mio. sowie 87 Verpfändungen zugunsten von Wohneigentum in der Höhe von rund CHF 9,3 Mio. getätigt.

Die Möglichkeit, einen Teil der Altersrente in Kapitalform zu beziehen, nutzten im Berichtsjahr 42 Personen. Dabei verliessen rund CHF 10,1 Mio. die Kasse. Die Ausrichtung eines Todesfallkapitals bei Versicherten, welche noch keine Rente beziehen und bei denen durch den Todesfall keine Ehegatten-, Geschiedenen- oder Lebenspartnerrente ausgelöst wird, erfolgte im Jahr 2012 in acht Fällen in der Höhe von rund CHF 0,5 Mio.

5. Vermögensanlagen

a) Allgemeines Wirtschafts- und Börsengeschehen

Aus Sicht der Schweizer Anleger darf 2012 insgesamt als positives Anlagejahr bezeichnet werden. Die Schweizer Wirtschaft behauptete sich mit Wachstum und hoher Beschäftigung bei tiefer Inflation gut. Der Schweizer Aktienmarkt gehörte mit einer Performance von 17,7% zu den weltweit besten Märkten. Anleihen in Schweizer Franken wiesen wegen des äusserst tiefen Zinsniveaus bescheidene, aber dennoch positive Renditen aus. So haben Schweizer Staatsanleihen knapp 2% Performance erzielt. Die Schweizerische Nationalbank verteidigte ihre Wechselkurs Untergrenze von CHF 1,20 je Euro erfolgreich. Damit ist die Geldmenge deutlich gestiegen und die Risiken von steigender Inflation und Preisübertreibungen im Immobilienmarkt sind weiter angewachsen.

Im Fokus lagen 2012, ähnlich wie im Vorjahr, die Finanzkrise sowie die Schuldenproblematik, insbesondere bei den Euro-Peripherieländern. Die Probleme der Eurozone sind zwar immer noch ungelöst, doch half die Europäische Zentralbank mit massiven Refinanzierungsaktionen und minderte das Risiko, dass wichtige Geschäftsbanken in den Euro-Mitgliedstaaten wie schon 2008 erneut in Not geraten könnten. Die positive Stimmung wurde jedoch im zweiten Quartal gestört, als Wirtschaftsdaten Schwäche aufzeigten und die Eurozone mit ihren ungelösten Problemen erneut die Schlagzeilen beherrschte. Die Lage an den Finanzmärkten beruhigte sich in der zweiten Jahreshälfte dank dem Zuspruch der Europäischen Zentralbank und der Ankündigung eines dritten Stimulierungsprogrammes seitens der US Notenbank. Risikoreiche Anlagen wie Aktien und Unternehmensanleihen legten stark an Wert zu. Einzig die Diskussionen um den US-Staatshaushalt trübten die Stimmung am Jahresende. Angesichts der Uneinigkeit zwischen Demokraten und Republikanern drohte den USA der Sturz von der sogenannten Fiskalklippe.

b) Strategie und Anlagestruktur

Die langfristige Anlagestrategie wird vom Verwaltungsrat aufgrund von Anlagezielen und unter Berücksichtigung der Risikofähigkeit der Kasse festgelegt. Die nachfolgende Aufstellung zeigt die Anlagestrategie per 31. Dezember 2012:

Anlagekategorien	Zielwerte	Bandbreiten min. – max.	Benchmark
Liquidität	7,5%	2,5% – 30,0%	Citigroup CHF 1 Month
Obligationen	35,0%	25,0% – 42,5%	Swiss Bond Index AAA-AA
Hypotheken	7,5%	2,5% – 12,5%	BKB variabler Hypothekarsatz, Swapsatz CHF 2Y
Aktien Inland	12,5%	5,0% – 15,0%	Swiss Performance Index
Aktien Ausland	17,5%	10,0% – 22,5%	MSCI All Countries World Index ex Switzerland
Immobilien Inland	17,0%	12,0% – 22,0%	KGAST Immo-Index (Schweiz)
Immobilien Ausland	3,0%	0,0% – 6,0%	KGAST Immo-Index (Ausland)
Rohstoffe	0,0%	0,0% – 5,0%	DJ AIG Commodity Index

Die Anlagestrategie wird jährlich systematisch überprüft. Im 4. Quartal wurden vom Verwaltungsrat die folgenden Änderungen behandelt und verabschiedet:

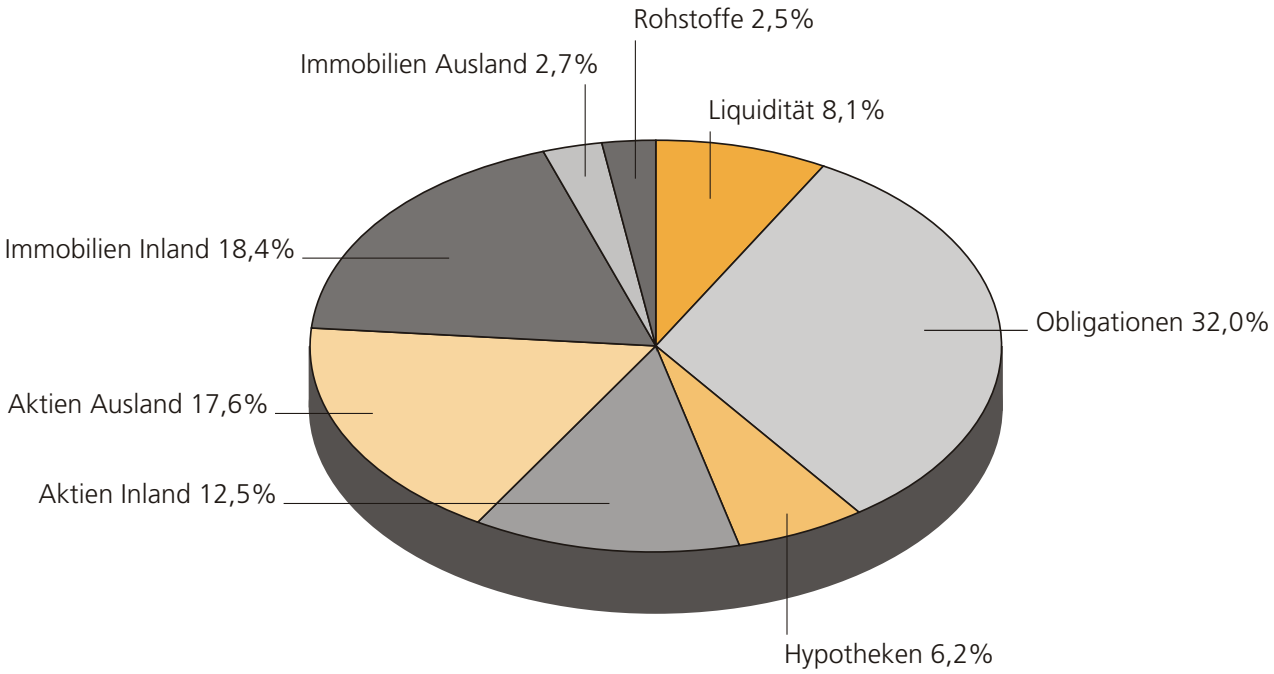
- Der Zielwert für die Anlagekategorie Obligationen wurde von 35% um 5%-Punkte auf 30% reduziert. Die Bandbreite wurde entsprechend auf min. 20% bis max. 37,5% angepasst.
- Der Zielwert für die Anlagekategorie Liquidität wurde von 7,5% um 1%-Punkt auf 8,5% erhöht.
- Der Zielwert für die Anlagekategorie Immobilien Inland wurde von 17% um 1%-Punkt auf 18% erhöht.
- Der Zielwert für die Anlagekategorie Rohstoffe wurde von 0% um 3%-Punkte auf 3% gesetzt.

Die angepasste Anlagestrategie ist ab dem 1. Januar 2013 gültig.

Das wirtschaftliche und politische Umfeld und insbesondere die weltweiten Schuldenkrisen und die mit der Bekämpfung verbundenen Massnahmen haben die Zinsen auf historische Tiefststände gedrückt. Das Kurspotential von Obligationen nach oben ist eng begrenzt, weil das Zinssenkungspotential praktisch ausgereizt ist. Die Obligationen verfügen über ein im historischen Vergleich ungünstiges Rendite/Risiko Verhältnis. Die Gesamtquote der Nominalwertanlagen im Allgemeinen und die Obligationenquote im Speziellen werden zu Gunsten von Realwertanlagen strategisch reduziert. Die strategischen Obligationenanlagen werden um 5%-Punkte auf 30% reduziert. Aufgrund der fehlenden Risikofähigkeit erfolgt keine Erhöhung der Aktienquote. Durch den Aufbau der Liquiditätsquote um 1%-Punkt wird die durchschnittliche Duration der Nominalwertanlagen gekürzt, was zu einer Reduktion des Verlustpotentials bei steigenden Zinsen führt. Zudem besteht die Möglichkeit, bei steigenden Zinsen den Obligationenanteil wieder aufzubauen. Ein weiteres Prozent der reduzierten Obligationenquote soll in inländische Immobilienanlagen umgeschichtet werden. Obwohl der Schweizer Immobilienmarkt in gewissen Segmenten Überhitzungserscheinungen aufweist, sind im Bereich der Mietwohnungen im mittleren Preissegment nach wie vor interessante Investitionsmöglichkeiten vorhanden. Schliesslich wird die strategische Zielquote für Rohstoffanlagen auf 3% festgelegt. Rohstoffanlagen verbessern die Diversifikationseigenschaften und erhöhen den Realwertanteil des Gesamtportfolios.

Die PPCmetrics hat im Rahmen der Asset- und Liability Studie die erwarteten Risiko- und Renditeberechnungen auf Basis der neuen Zielwerte vorgenommen. Die angepasste Strategie weist im Modell keine wesentlichen Veränderungen der erwarteten Risiko- und Renditezahlen auf.

Die nachfolgende Graphik zeigt die Anlagestruktur per 31. Dezember 2012[1]:



[1] Die Grafik und die entsprechenden Werte in der nachfolgenden Tabelle zeigen die Struktur nach Anlagekategorien inklusive zugehöriger Liquidität. Weitere Details sind im Anhang 6.4 aufgeführt.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Anlagestruktur von 2010 bis 2012:

Anlagestruktur	**31.12.2010**	**31.12.2011**	**31.12.2012**
Liquidität	15,2%	10,7%	8,1%
Obligationen	30,5%	37,0%	32,0%
Hypotheken	6,6%	6,6%	6,2%
Aktien Inland	12,2%	10,5%	12,5%
Aktien Ausland	17,1%	15,1%	17,6%
Immobilien Inland	15,2%	16,3%	18,4%
Immobilien Ausland	2,0%	2,2%	2,7%
Rohstoffe	1,2%	1,6%	2,5%
Total	100,0%	100,0%	100,0%
Währungsanteil			
Schweizer Franken	87,8%	81,9%	81,9%
Fremdwährungen	12,2%	18,1%	18,1%

c) Anlageergebnis/Performance

Die Performance ist direkt abhängig von der definierten Anlagestrategie. Das Jahr 2012 war mit einer Performance von 6,7% und einem annualisierten Risiko von 3,1%[2] ein erfreuliches Anlagejahr. Das vorliegende Ergebnis ist primär auf die Performance im Bereich Aktien zurück zu führen.

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht der erreichten Performance im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zur Performance der festgelegten Benchmark pro Anlagekategorie:

Anlagekategorie	Performance Portfolio	Performance Benchmark
Liquidität	0,1%	–0,1%
Obligationen	4,5%	3,5%
Hypotheken	2,3%	1,3%
Aktien Inland	16,3%	17,7%
Aktien Ausland	12,7%	13,5%
Immobilien Inland	5,4%	6,5%
Immobilien Ausland	2,7%	5,9%
Rohstoffe	1,4%	–2,4%
Gesamtportfolio	6,7%	7,1%

Die taktische Asset Allocation war geprägt durch zahlreiche Unsicherheiten aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise. Dank einer vorsichtigen Umsetzung und gezielten Massnahmen wurde das Risiko auf dem Gesamtportfolio deutlich reduziert. Insbesondere wurden im 1. Quartal 2012 die Aktienanlagen gegenüber dem strategischen Zielwert von 30% untergewichtet. Im ersten Quartal betrug die Untergewichtung der Aktienanlagen bis zu 5%-Punkte. Ferner wurden die Fremdwährungsrisiken durch Absicherungen reduziert. Diese haben sich jedoch, insbesondere gegenüber dem US Dollar nicht ausbezahlt. Insgesamt war die relative Performance durch die Aktienhausse im 1. Quartal 2012 sowie die Fremdwährungsabsicherungen geprägt. Die vorsichtige Umsetzung der Anlagestrategie hat zwar zu einem erfreulichen Ergebnis von 6,7% geführt. Die Benchmark von 7,1% konnte damit nicht erreicht werden.

d) Vermögensverwaltung

Die PKBS investiert das ihr anvertraute Geld in verschiedene Anlagekategorien. Pro Anlagekategorie werden ein oder mehrere Vermögensverwalter eingesetzt. Damit wird das Klumpenrisiko vermieden, alle Vermögenswerte nur einer Organisation zu überlassen.

In der Anlagekategorie Liquidität waren auch Vermögenswerte («Übrige Aktiven») enthalten, auf denen keine eigentlichen Vermögensanlagen getätigt werden konnten.

Der Bereich Obligationen wird mittels eines Core Satellite-Ansatzes umgesetzt. Das Core Portfolio liegt in der Regel nahe beim Swiss Bond Index. Die Obligationen müssen dabei ein Mindestrating resp. einen Investmentgrad aufweisen und die Ratingklassen A und BBB dürfen 10% des Bestandes nicht übersteigen. Die Entwicklung des Core Portfolios war aufgrund der defensiven Umsetzung leicht unterdurchschnittlich. Im 4. Quartal wurde das Core Portfolio neu ausgerichtet und stärker an den Index gebunden. Die Obligationen in Fremdwährungen haben sich wiederum positiv entwickelt und einen positiven Renditebeitrag beigesteuert. Die Fremdwährungsrisiken in diesen Anlagen werden üblicherweise systematisch abgesichert. Im 1. Quartal wurde das bestehende Inflation Linked Bonds Mandat mit der Credit Suisse aufgehoben. Das neue Mandat wurde leicht angepasst und neu an die Zürcher Kantonalbank vergeben.

Die Bestände der Hypotheken waren im Berichtsjahr leicht rückläufig. Der Anteil von Hypotheken an Mitglieder der PKBS wurde gehalten und liegt bei rund 80%. Der Bestand an Wertberichtigungen konnte durch konsequente Bewirtschaftung der Risikopositionen weiter gesenkt werden. Im 4. Quartal 2012 wurde die letzte

[2] Annualisierte Standardabweichung basiert auf 36 historischen Monatsrenditen

Position aufgelöst. Im Berichtsjahr wurden 223 Kreditgesuche bearbeitet, was deutlich über den Vorjahreszahlen (Vorjahr 124) liegt. Diese Zunahme ist auf die Erweiterung des Hypothekenangebots zurück zu führen. Aufgrund der attraktiven Festzinskonditionen konnten rund 420 Festzinsverträge mit Laufzeiten von zwei bis zehn Jahren abgeschlossen werden. Die Performance von 2,3% widerspiegelt das tiefe Zinsumfeld.

Die Aktienanlagen werden mittels eines Core Satellite-Ansatzes bewirtschaftet. Bei diesem Ansatz setzt sich der Kern des Portfolios aus Anlagen zusammen, die den gewählten Aktienindex abbilden.
Im Bereich Aktien Inland wird der Swiss Performance Index (SPI) repliziert. Der Anteil am passiven Anlagestil lag im Berichtsjahr bei rund 80%. Insgesamt betrug die Performance der Aktien im Inland 16,3% und hat somit unter dem Referenzindex von 17,7% abgeschlossen.
Im Bereich Aktien Ausland beträgt der passive Anteil 100%. Die passiven Aktienmandate bilden das Anlageuniversum des MSCI All Countries World ab. Im 4. Quartal 2012 wurde der Indexfonds von Vanguard für Aktien in Schwellenländern verkauft und in das Direktmandat Aktien Emerging Markts, welches von der UBS verwaltet wird, konsolidiert. Aufgrund der direkt gehaltenen Aktienbestände durch die PKBS wird insbesondere die Kostentransparenz erhöht. Im Bereich Aktien Ausland werden die Fremdwährungsrisiken nicht systematisch abgesichert. Ein Teil der Fremdwährungsrisiken in US Dollar wurden im Berichtsjahr abgesichert. Im Nachhinein gesehen hat sich diese vorsichtige Umsetzung negativ auf das Resultat ausgewirkt. Auch wenn die Aktienbestände von Schwellenländern gegenüber der Marktkapitalisierung des Gesamtindexes übergewichtet wurden und einen positiven Renditebeitrag lieferten, konnte das negative Resultat aufgrund der Fremdwährungsabsicherungen nicht kompensiert werden. Die Performance betrug im Berichtsjahr 12,7% und hat somit unter dem Referenzindex von 13,5% abgeschlossen.

Der Bereich Immobilien Inland besteht aus rund 80% Direktanlagen und 20% indirekten Anlagen. Der Ausbau und die Optimierung des Direktbestandes wurden weiter vorangetrieben. Von den gut 100 Liegenschaften der Direktanlagen liegen wertmässig 55% in der Region Basel. In Bezug auf die Art der Nutzung liegt der Anteil von Wohnliegenschaften bei rund 68%. Im Berichtsjahr konnte das Entwicklungsprojekt «Azur» in Kreuzlingen planmässig beendet werden. Die Erstvermietung von «Azur» war erfolgreich. Per Ende Jahr waren nur noch drei von 122 Wohnungen verfügbar. Die neuen Bauprojekte «Verenapark» in Gerlafingen, «Guldistud» in Tann und «Sonnwees» in Herisau laufen planmässig. Die Bezugstermine erfolgen gestaffelt in den nächsten Jahren. Im Berichtsjahr konnten zudem drei weitere Bestandesobjekte in Mägenwil, Dübendorf und Gossau akquiriert werden. Auf der Verkaufsseite sind zwei Kleinobjekte in Basel und Bettingen veräussert worden. Insgesamt konnte der Direktbestand über Zukäufe, getätigte Investitionen und Bewertungsgewinne um rund CHF 190 Mio. erhöht werden. Bei den Immobilien-Direktanlagen betrug die Rendite 5,3% wobei 1,5%-Punkte auf die Wertänderungsrendite entfallen. Die indirekten Anlagen wurden leicht ausgebaut und dadurch die geographische Diversifikation weiter verbessert.
Im Bereich Immobilien Ausland wurden im vergangenen Jahr weitere Investitionen getätigt. Per Ende 2012 waren 2,7% des Gesamtvermögens in indirekte und nicht kotierte ausländische Immobilienanlagen investiert.

Die Rohstoffinvestitionen erfolgen ausschliesslich auf taktischer Ebene. Die Umsetzung erfolgt mittels eines Enhanced-Ansatzes. Bei diesem Ansatz wird das Portfolio nahe dem DJ UBS Commodity Index geführt und das Währungsrisiko gegenüber dem Schweizer Franken systematisch abgesichert. Der direkte Goldbestand im Umfang von rund CHF 100 Mio. wurde im Berichtsjahr weiter gehalten. Die Lagerung des physischen Goldbestandes erfolgt bei der Zürcher Kantonalbank.

Die PKBS hat im Jahr 2012 an 142 Generalversammlungen die Stimm- und Wahlrechte wahrgenommen. Insgesamt wurden 1 273 Traktanden behandelt. Das Abstimmungsverhalten der PKBS erfolgte wie folgt:

– «Ja» bei 1 147 Traktanden
– «Nein» bei 115 Traktanden
– «Enthaltung» bei 11 Traktanden

Die Entscheidungsgrundsätze für die Ausübung der Stimm- und Wahlrechte richten sich nach den Prinzipien für nachhaltige Entwicklung und nach den Best-Practice-Regeln im Bereich der Corporate Governance. Die Analysen der Traktanden und Stimmempfehlungen für die Generalversammlungen basieren im Wesentlichen auf Analysen von Ethos. Die PKBS übt alle Stimm- und Wahlrechte selber aus und beauftragt in der Regel den unabhängigen Stimmenvertreter. Die PKBS handelt einzig und alleine im Interesse ihrer Destinatäre.

Teil II: Jahresrechnung

1. Bilanz per 31. Dezember 2012 (in CHF)

Aktiven	31.12.2012	31.12.2011	Abweichung CHF	Abweichung %
Vermögensanlagen				
Flüssige Mittel und Geldmarktanlagen	849 331 562	1 160 125 515	–310 793 953	–26,8%
Forderungen und Darlehen	58 302 507	58 056 190	246 317	0,4%
Forderungen gegenüber Arbeitgebern	57 603 979	10 459 452	47 144 527	450,7%
Obligationen	3 220 891 997	3 533 240 321	–312 348 324	–8,8%
Aktien und ähnliche Wertpapiere	3 040 064 393	2 367 159 181	672 905 212	28,4%
Hypotheken	615 838 844	628 508 877	–12 670 033	–2,0%
Immobilien	2 116 185 005	1 772 057 773	344 127 232	19,4%
Rohstoffe	250 248 635	157 996 357	92 252 278	58,4%
Total Vermögensanlagen	**10 208 466 922**	**9 687 603 666**	**520 863 256**	**5,4%**
Aktive Rechnungsabgrenzungen	**37 984 043**	**47 074 187**	**–9 090 144**	**–19,3%**
Total Aktiven	**10 246 450 965**	**9 734 677 853**	**511 773 112**	**5,3%**

Passiven	31.12.2012	31.12.2011	Abweichung CHF	Abweichung %
Verbindlichkeiten				
Freizügigkeitsleistungen und Renten	22 698 032	28 088 686	–5 390 654	–19,2%
Andere Verbindlichkeiten	302 906	443 693	–140 787	–31,7%
Total Verbindlichkeiten	**23 000 938**	**28 532 379**	**–5 531 441**	**–19,4%**
Passive Rechnungsabgrenzungen	**18 042 606**	**23 141 796**	**–5 099 190**	**–22,0%**
Arbeitgeber-Beitragsreserven				
Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verwendungsverzicht	12 018 070	11 750 071	267 999	2,3%
Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht	19 023 820	18 988 820	35 000	0,2%
Total Arbeitgeber-Beitragsreserven	**31 041 890**	**30 738 891**	**302 999**	**1,0%**
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen				
Vorsorgekapital aktive Versicherte	4 215 381 897	4 128 045 060	87 336 837	2,1%
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	5 448 071 290	5 414 972 243	33 099 047	0,6%
Technische Rückstellungen	587 778 480	533 361 259	54 417 221	10,2%
Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen	**10 251 231 667**	**10 076 378 562**	**174 853 105**	**1,7%**
Wertschwankungsreserven				
Wertschwankungsreserve Staat	0	0	0	0
Wertschwankungsreserven Institutionen	49 992 750	3 565 956	46 426 794	1301,9%
Total Wertschwankungsreserven	**49 992 750**	**3 565 956**	**46 426 794**	**1301,9%**
Freie Mittel / Unterdeckung				
Staat				
Stand 1. Januar 2011		0		
Zu-/Abnahmen 2011		404 088		
Ertragsüberschuss 2011		–252 833 268		
Stand 31. Dezember 2011	**–252 429 180**	**–252 429 180**		
Ausgliederung Spitäler	62 066 363			
Ertragsüberschuss 2012	112 991 721			
Stand 31. Dezember 2012	**–77 371 096**			

Passiven (Fortsetzung)	31.12.2012	31.12.2011	Abweichung CHF	Abweichung %
Institutionen				
Stand 1. Januar 2011		–128 827 822		
Zu-/Abnahmen 2011		3 945 376		
Ertragsüberschuss 2011		–50 368 105		
Stand 31. Dezember 2011	**–175 250 551**	**–175 250 551**		
Ausgliederung Spitäler	–62 066 363			
Ertragsüberschuss 2012	187 829 124			
Stand 31. Dezember 2012	**–49 487 790**			
Total Freie Mittel / Unterdeckung	**–126 858 886**	**–427 679 731**	**300 820 845**	**–70,3%**
Total Passiven	**10 246 450 965**	**9 734 677 853**	**511 773 112**	**5,3%**

2. Betriebsrechnung 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 (in CHF)

		2012	2011	Abweichung CHF	Abweichung %
A	**Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen**				
	Beiträge Arbeitnehmer	119 163 993	115 056 872	4 107 121	3,6%
	Beiträge Arbeitgeber	220 680 155	216 094 859	4 585 296	2,1%
	Nachzahlungen Arbeitnehmer	8 007 000	7 925 096	81 904	1,0%
	Nachzahlungen Arbeitgeber	2 664 713	2 460 016	204 697	8,3%
	Einmaleinlagen und Einkaufssummen	25 775 047	27 686 525	–1 911 478	–6,9%
	Sanierungsbeiträge und -einlagen	105 719 605	21 232 482	84 487 123	397,9%
	Einlagen in die AG-Beitragsreserven	883 378	1 514 956	–631 578	–41,7%
	Entnahmen aus AG-Beitragsreserven zur Beitragsfinanzierung	–303 613	0	–303 613	
	Zuschüsse Sicherheitsfonds	29 819	0	29 819	
	Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	**482 620 097**	**391 970 806**	**90 649 291**	**23,1%**
B	**Eintrittsleistungen**				
	Freizügigkeitsleistungen	137 347 571	101 760 961	35 586 610	35,0%
	Einzahlungen WEF-Vorbezüge/Scheidung	2 627 135	2 682 515	–55 380	–2,1%
	Übertragung bei kollektivem Eintritt	3 543 948	0	3 543 948	
	Total Eintrittsleistungen	**143 518 654**	**104 443 476**	**39 075 178**	**37,4%**
C	**Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen (A+B)**	**626 138 751**	**496 414 282**	**129 724 469**	**26,1%**
D	**Reglementarische Leistungen**				
	Altersrenten	–399 188 480	–394 237 278	–4 951 202	1,3%
	Hinterlassenenrenten	–75 852 216	–74 805 466	–1 046 750	1,4%
	Invalidenrenten	–50 145 861	–49 133 640	–1 012 221	2,1%
	Übrige reglementarische Leistungen	–180 774	0	–180 774	100,0%
	Kapitalleistungen bei Pensionierung	–27 402 710	–24 062 907	–3 339 803	13,9%
	Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	–1 154 768	–1 022 717	–132 051	12,9%
	Total Reglementarische Leistungen	**–553 924 809**	**–543 262 008**	**–10 662 801**	**2,0%**

		2012	2011	Abweichung CHF	Abweichung %
E	**Austrittsleistungen**				
	Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	–131 639 524	–154 382 880	22 743 356	–14,7%
	Übertragung von zusätzl. Mitteln bei kollektivem Austritt	–308 742	0	–308 742	100,0%
	Vorbezüge WEF/Scheidung	–18 912 916	–19 532 025	619 109	–3,2%
	Total Austrittsleistungen	**–150 861 182**	**–173 914 905**	**23 053 723**	**–13,3%**
F	**Abfluss für Leistungen und Vorbezüge (D+E)**	**–704 785 991**	**–717 176 913**	**12 390 922**	**–1,7%**
G	**Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven**				
	Veränderung Vorsorgekapital aktive Versicherte	–81 544 710	–4 875 967	–76 668 743	1572,4%
	Aufwand/Ertrag aus Teilliquidation	–1 210 895	0	–1 210 895	100,0%
	Veränderung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	–46 070 078	–50 855 018	4 784 940	–9,4%
	Veränderung technische Rückstellungen	–54 417 221	–50 338 642	–4 078 579	8,1%
	Verzinsung des Sparkapitals	–5 790 673	–6 473 733	683 060	–10,6%
	Veränderung von Beitragsreserven	167 235	–1 666 224	1 833 459	–110,0%
	Total Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven	**–188 866 342**	**–114 209 584**	**–74 656 758**	**65,4%**
H	**Versicherungsaufwand**				
	Beiträge an Sicherheitsfonds	–1 450 231	–1 484 453	34 222	–2,3%
	Total Versicherungsaufwand	**–1 450 231**	**–1 484 453**	**34 222**	**–2,3%**
I	**Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil (C+F+G+H)**	**–268 963 813**	**–336 456 668**	**67 492 855**	**–20,1%**
J	**Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage**				
	Nettoertrag aus:				
	– Flüssigen Mitteln und Geldmarktanlagen	1 207 563	2 637 294	–1 429 731	–54,2%
	– Forderungen und Darlehen	1 976 799	1 803 513	173 286	9,6%
	– Forderungen gegenüber Arbeitgebern	25 998	38 645	–12 647	–32,7%
	– Obligationen	131 160 114	182 868 604	–51 708 490	–28,3%
	– Aktien und ähnlichen Wertpapieren	376 004 034	–265 276 681	641 280 715	–241,7%
	– Hypotheken	14 071 067	15 962 300	–1 891 233	–11,8%
	– Immobilien	107 263 589	74 292 637	32 970 952	44,4%

		2012	2011	Abweichung CHF	Abweichung %
	– Rohstoffen	481 645	–23 859 271	24 340 916	–102,0%
	Zinsaufwand auf Arbeitgeber-Beitragsreserven	–470 235	–434	–469 801	108249,1%
	Kosten der Vermögensverwaltung	–10 453 285	–9 335 603	–1 117 682	12,0%
	Total Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage	**621 267 289**	**–20 868 996**	**642 136 285**	**–3077,0%**
K	**Sonstiger Ertrag**				
	Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	148 262	218 575	–70 313	–32,2%
	Übrige Erträge/Minderrendite Institutionen	7 619	5 255	2 364	45,0%
	Total Sonstiger Ertrag	**155 881**	**223 830**	**–67 949**	**–30,4%**
L	**Sonstiger Aufwand**	**0**	**–3 349**	**3 349**	
M	**Allgemeiner Verwaltungsaufwand**				
	Allgemeine Verwaltung	–4 865 294	–4 648 364	–216 930	4,7%
	Revisionsstelle und Experte für berufliche Vorsorge	–258 064	–241 547	–16 517	6,8%
	Aufsichtsbehörden	–88 360	–6 100	–82 260	1348,5%
	Total Verwaltungsaufwand	**–5 211 718**	**–4 896 011**	**–315 707**	**6,4%**
N	**Ertrags-/Aufwandüberschuss vor Bildung/Auflösung Wertschwankungsreserven (I+J+K+L+M)**	**347 247 639**	**–362 001 194**	**709 248 833**	**–195,9%**
O	**Veränderung Wertschwankungsreserven**	**–46 426 794**	**58 799 821**	**–105 226 615**	**–179,0%**
P	**Ertrags-/Aufwandüberschuss (N+O)**	**300 820 845**	**–303 201 373**	**604 022 218**	**–199,2%**
	davon				
	Anteil Staat	112 991 721	–252 833 268		
	Anteil Institutionen (inkl. Sanierungsbeiträge und -einlagen)	187 829 124	–50 368 105		

3. Anhang

1. Grundlagen und Organisation

1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionskasse Basel-Stadt ist eine öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie bezweckt die berufliche Vorsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates (Kanton Basel-Stadt) und der angeschlossenen Institutionen und schützt die Versicherten und deren Angehörige gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität. Die Pensionskasse Basel-Stadt garantiert in jedem Fall die Mindestleistungen gemäss BVG.

1.2 Registrierung BVG und Sicherheitsfonds

Die Pensionskasse Basel-Stadt ist im Register für die berufliche Vorsorge des Kantons Basel-Stadt unter der Nummer BS 135 eingetragen und dem Sicherheitsfonds BVG angeschlossen.

Die Pensionskasse Basel-Stadt ist Mitglied des Schweizerischen Pensionskassenverbands und verpflichtet sich somit den Verhaltenskodex «ASIP-Charta» einzuhalten.

1.3 Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen der Pensionskasse Basel-Stadt umfassen:

- Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz; PKG) vom 28. Juni 2007 (Stand: 10. März 2010)
- Vorsorgereglement vom 24. August 2007 (Stand: 28. November 2012)
- Reglement über das Anschlussverhältnis mit Institutionen (Anschlussreglement) vom 24. August 2007 (Stand: 23. Februar 2011)
- Reglement über den BVG-Plan vom 27. November 2008 (Stand: 24. August 2011)
- Reglement über die Kombiprimatpläne C und D vom 24. November 2010 (Stand: 23. Mai 2012)
- Reglement über die berufliche Vorsorge für die unbefristet angestellten Mitarbeitenden der Universität Basel vom 23. Februar 2011 (Stand: 28. November 2012)
- Reglement für die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) vom 23. November 2011 (Stand 23. Mai 2012)
- Reglement für die Musik-Akademie Basel vom 23. November 2011 (Stand 23. Mai 2012)
- Teilliquidationsreglement vom 11. April 2008 (Stand: 25. Mai 2011)
- Anlagereglement vom 22. September 2003 (Stand: 28. November 2012)
- Organisationsreglement vom 26. September 2005 (Stand: 30. April 2009)
- Personalreglement vom 20. Oktober 2005 (Stand: 28. Februar 2008)
- Reglement betreffend technische Rückstellungen und Schwankungsreserven vom 24. August 2006 (Stand: 23. Februar 2011)
- Reglement über die Wahl der Verwaltungsrats-Mitglieder vom 9. März 2009 (Stand: 7. März 2012)
- Sachgemässe eidgenössische Erlasse

1.4 Führungsorgane/Zeichnungsberechtigung

Gemäss § 49 des Pensionskassengesetzes sind die Führungsorgane der Kasse der Verwaltungsrat und die Geschäftsstelle. Weitere Organe sind die Kontrollstelle und die Expertin bzw. der Experte für berufliche Vorsorge (siehe Ziffer 1.5).

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus zwölf Mitgliedern, welche jeweils für eine Dauer von vier Jahren gewählt werden. Sechs Mitglieder werden von der Arbeitnehmerschaft gewählt, davon fünf von den Staatsangestellten und eines von den Angestellten der angeschlossenen Institutionen. Sechs Mitglieder werden von den Arbeitgebern gewählt, davon fünf vom Regierungsrat und eines von den angeschlossenen Institutionen. Die laufende Amtsperiode dauert vom 1. Juni 2009 bis zum 31. Mai 2013.

Das Präsidium besteht aus zwei Mitgliedern, wobei die Arbeitgebervertretenden und die Arbeitnehmervertretenden je ein Mitglied bezeichnen. Diese führen abwechselnd den Vorsitz für jeweils eine halbe Amtsperiode. Die Mitglieder des Präsidiums zeichnen kollektiv zu zweien mit einem Mitglied des Verwaltungsrates oder mit dem Direktor oder mit dem stv. Direktor (für verpflichtende Schriftstücke).

Arbeitgebervertretende, vom Regierungsrat gewählt:

- **Mario Da Rugna, lic.iur., Präsident bis 31. Mai 2011, Vizepräsident ab 1. Juni 2011, Arbeitgebervertreter Wahlkreis Staat**
  Mario Da Rugna ist Mitglied seit 2007. Bis am 31. Mai 2011 war er Präsident des Verwaltungsrates und seither Vizepräsident. Er ist zusätzlich Mitglied des Personalausschusses der PKBS. Mario Da Rugna leitet den Bereich Personal & Betrieb des Universitätsspitals Basel und ist Mitglied der Spitalleitung.
- **Peter Erismann, lic.rer.pol., Arbeitgebervertreter Wahlkreis Staat**
  Peter Erismann ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Beruflich ist er Personalleiter im Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt.
- **Eva Herzog, Dr. phil., Arbeitgebervertreterin Wahlkreis Staat**
  Eva Herzog war Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS und ist seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrates. Eva Herzog ist Regierungsrätin und Vorsteherin des Finanzdepartements des Kantons Basel-Stadt.
- **Andi Hoppler, lic.iur., Arbeitgebervertreter Wahlkreis Staat**
  Andi Hoppler ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2007. Beruflich ist er Rechtsanwalt und führt eine eigene Anwaltkanzlei. Andi Hoppler ist zusätzlich bei einer anderen bedeutenden schweizerischen Pensionskasse einerseits im Stiftungsrat sowie andererseits als Präsident der Anlagekommission tätig.
- **Antonina Stoll, lic.iur., Arbeitgebervertreterin Wahlkreis Staat**
  Antonina Stoll ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Sie ist zusätzlich Mitglied und Präsidentin des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich ist Antonina Stoll Mitglied der Geschäftsleitung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit. Zudem ist sie Mitglied der Personalrekurskommission des Kantons Basel-Stadt, Ersatzmitglied als Kantonsvertreterin der Tripartiten Kommission AVIG und Arbeitsbedingungen sowie Vertreterin der Kantone im Gemischten Ausschuss Personenfreizügigkeit CH-EU.

Arbeitgebervertreter, von den angeschlossenen Institutionen gewählt:

- **Benedikt Jungo, Arbeitgebervertreter Wahlkreis Institutionen**
  Benedikt Jungo war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2005 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Er ist zusätzlich Mitglied und Präsident des Prüfungsausschusses der PKBS. Benedikt Jungo ist Rektor der Handelsschule KV Basel.

Arbeitnehmervertretende, von den Staatsangestellten gewählt:

- **Beat Siegenthaler, Vizepräsident bis 31. Mai 2011, Präsident vom 1. Juni 2011 bis 30. April 2012, Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat**
  Beat Siegenthaler war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2005 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Vom 1. Juni 2009 bis am 31. Mai 2011 war er Vizepräsident und vom 1. Juni 2011 bis 30. April 2012 Präsident des Verwaltungsrates. Beruflich ist er Lehrer und Präsident der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt (FSS), dem Berufsverband der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Basel-Stadt.
- **Rudolf Rechsteiner, Dr.rer.pol., Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat**
  Rudolf Rechsteiner ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Rudolf Rechsteiner ist ehemaliger und langjähriger Nationalrat und ist heute selbstständiger Berater im Bereich Energie, Umwelt und Sozialpolitik. Ausserdem ist er Mitglied der Energiekommis-

sion des Kantons Basel-Stadt und Verwaltungsrat der Industriellen Werke Basel.

- **Christoph Tschan, lic.rer.pol.,**
  Präsident ab 1. Mai 2012,
  Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat
  Christoph Tschan war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2005 ist er Mitglied und seit dem 1. Mai 2012 ist er Präsident des Verwaltungsrates. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Beruflich ist Christoph Tschan als Lehrperson am Wirtschaftsgymnasium Basel tätig und Mitglied der Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt (FSS), dem Berufsverband der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Basel-Stadt. Ausserdem ist er Präsident der Kassenkommission der Unfallversicherungskasse des Basler Staatspersonals.
- **Dora Weissberg, lic.iur.,**
  Arbeitnehmervertreterin Wahlkreis Staat
  Dora Weissberg ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Sie ist zusätzlich Mitglied des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich ist Dora Weissberg leitende Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt.
- **Daniel Wittlin,**
  Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat
  Daniel Wittlin ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Beruflich ist Daniel Wittlin Kriminalkommissär für Wirtschaftsdelikte bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt.

Arbeitnehmervertreter, von den angeschlossenen Institutionen gewählt:

- **Franco Nebel,**
  Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Institutionen
  Franco Nebel war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2009 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Er ist zusätzlich Mitglied des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich ist er als polyvalenter Fahrdienstangestellter bei der BVB (Basler Verkehrs-Betriebe) und als Sekretär beim PSVB (Personalverband städtische Verkehrsbetriebe Basel) tätig. Seit 2000 ist er auch Mitglied der Personalrekurskommssion des Kantons Basel-Stadt.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle besorgt die laufenden Geschäfte der Kasse nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und den Weisungen des Verwaltungsrates. Sie vertritt die Kasse nach aussen und wird geleitet von der Direktorin. Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle zeichnen kollektiv zu zweien (für verpflichtende Schriftstücke).

Geschäftsleitung:

- Susanne Jeger, Fürsprech und Notarin, Direktorin (seit 1. März 2012)
- Roger Zeugin, lic.rer.pol., eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer und eidg. dipl. Pensionskassenleiter, stv. Direktor und Leiter Finanzen & Services
- Kristina Hartmann, lic.iur., Sozialversicherungsfachfrau mit eidg. Fachausweis, Leiterin Vorsorge
- Max-Eric Laubscher, dipl. Betriebsökonom FH, eidg. dipl. Finanzanalytiker und Vermögensverwalter (CIIA), Leiter Vermögensanlagen

Weitere Kadermitglieder:

- Beat Bommer, lic.rer.pol., Leiter Immobilienanlagen und Hypotheken, stv. Leiter Vermögensanlagen
- Romina Monti, stv. Leiterin Hypotheken (seit 1. Januar 2013 Leiterin Hypotheken)
- Roger Chappuis, Leiter Versicherungen ad interim (bis 30. September 2012)
- Goran Rodic, Leiter Kundenverwaltung (seit 1. Oktober 2012)
- Roland Leuthard, Leiter Finanzbuchhaltung
- Martin Loosli, eidg. dipl. Pensionskassenleiter, Leiter Marketing & Arbeitgeberberatung
- Caroline Ruesch, Sozialversicherungsfachfrau mit eidg. Fachausweis, Leiterin Leistungen
- Verena Wittlin, stv. Leiterin Leistungen

1.5 Experte, Revisionsstelle, Aufsichtsbehörde

Expertin für berufliche Vorsorge

Swisscanto Vorsorge AG
Picassoplatz 8, 4052 Basel

Revisionsstelle

PricewaterhouseCoopers AG
St. Jakobs-Strasse 25, 4002 Basel

Aufsichtsbehörde

BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)
Eisengasse 8, 4051 Basel

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

Im Berichtsjahr konnten im Bestand an Vorsorgewerken mit Aktivversicherten die 4 Neuzugänge Universitätsspital, Universitäre Psychiatrische Kliniken, Felix Platter-Spital und BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) registriert werden. Abgänge gab es deren zwei infolge der Teilliquidation im Vorsorgewerk der Stiftung Sinfonieorchester Basel und der Bestandesveränderung in demjenigen der Stiftung AHBasel. Somit hat dieser Bestand auf neu 38 Anschlüsse zugenommen; derjenige von Vorsorgewerken ohne Aktivversicherte (geschlossene Rentnerbestände) erhöht sich demgemäss auf total 34 Anschlüsse.

Institutionen	31.12.2012			31.12.2011		
	Aktive	Rentner	Total	Aktive	Rentner	Total
Ausgleichskasse AHV Basel-Stadt	75	14	89	75	14	89
Bardusch AG Basel	1	50	51	1	51	52
Blutspendezentrum SRK beider Basel	59	18	77	60	16	76
Bürgerratskanzlei der Bürgergemeinde *	1	6	7	1	6	7
Bürgerspital Basel *	1	228	229	3	232	235
Bürgerliches Waisenhaus *	2	23	25	3	22	25
BVB Basler Verkehrsbetriebe	1 086	173	1259	1 044	148	1 192
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)	15	0	15	0	0	0
Felix Platter-Spital	661	553	1 214	0	0	0
Forstverwaltung der Bürgergemeinde *	1	4	5	1	4	5
Gebäudeversicherung Basel-Stadt	20	19	39	20	19	39
Gehörlosen-Fürsorgeverein Region Basel	3	4	7	3	4	7
Gemeinde Bettingen	13	7	20	13	7	20
Gemeinde Riehen	423	227	650	404	218	622
Genossenschaft Studentenheim	1	1	2	1	0	1
Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Basel	129	68	197	133	64	197
IBA Basel 2020	7	0	7	5	0	5
Industrielle Werke Basel (IWB)	797	61	858	785	40	825
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	78	54	132	79	48	127
IV-Stelle Basel-Stadt	111	12	123	99	7	106
Verein JUFA	57	16	73	62	13	75
Landpfrundhaus Riehen/Bettingen	2	4	6	2	4	6

* geschlossener Bestand (keine Neueintritte)

Institutionen (Fortsetzung)	31.12.2012			31.12.2011		
	Aktive	**Rentner**	**Total**	**Aktive**	**Rentner**	**Total**
Merian-Iselin-Spital *	1	34	35	1	35	36
Musik-Akademie Basel-Stadt	304	191	495	110	149	259
Pensionskasse Basel-Stadt	34	6	40	32	5	37
Pro Rheno AG	39	23	62	40	24	64
Regio Basiliensis	4	2	6	5	2	7
RHI Regionales Heilmittelinspektorat der Nordwestschweiz	6	2	8	6	2	8
SIK Schweizerische Informatikkonferenz	5	0	5	4	0	4
SPITEX Riehen/Bettingen *	7	5	12	7	4	11
Stiftung Volkshochschule beider Basel	31	8	39	30	5	35
Stiftung Wildt'sches Haus	1	0	1	1	0	1
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen	102	32	134	102	28	130
Universitäre Psychiatrische Kliniken (UPK)	845	421	1266	0	0	0
Universität Basel	1 284	513	1 797	1 240	491	1 731
Universitätsspital Basel	4 497	2 062	6 559	0	0	0
Verein Gegenseitige Hilfe Riehen - Bettingen	3	3	6	3	3	6
Verein Gsünder Basel	8	0	8	7	0	7
Subtotal	**10 714**	**4 844**	**15 558**	**4 482**	**1 665**	**6 047**

* geschlossener Bestand (keine Neueintritte)

Institutionen ohne Aktivversicherte	31.12.2012			31.12.2011		
	Aktive	**Rentner**	**Total**	**Aktive**	**Rentner**	**Total**
abilia (exGesellschaft zur Förderung geistig Behinderter)	0	6	6	0	6	6
Allg. Krankenpflege	0	1	1	0	1	1
AWZ	0	2	2	0	2	2
Basler Kunstverein	0	2	2	0	2	2
BLT Baselland Transport AG	0	11	11	0	12	12
BTG-Treuhand	0	2	2	0	2	2
Christoph Merian Stiftung	0	6	6	0	6	6
Dietisberg Wohn- und Werkheim	0	1	1	0	1	1
Erlenverein Basel	0	4	4	0	4	4
familea (exBasler Frauenverein am Heuberg)	0	21	21	0	25	25
Familien- und Erziehungsberatung Basel	0	5	5	0	5	5
FHNW Fachhochschule Nord-westschweiz (Teil FHBB)	0	22	22	0	22	22
FHNW Fachhochschule Nord-westschweiz (Teil hpsabb)	0	28	28	0	34	34

Institutionen ohne Aktivversicherte (Fortsetzung)	**31.12.2012**			**31.12.2011**		
	Aktive	**Rentner**	**Total**	**Aktive**	**Rentner**	**Total**
FHNW Fachhochschule Nord-westschweiz (Teil Musik-Akademie)	0	26	26	0	26	26
Flughafen	0	2	2	0	2	2
Kaminfegermeisterverband	0	1	1	0	1	1
Kraftwerk Augst AG	0	13	13	0	13	13
Lungenliga beider Basel	0	13	13	0	13	13
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	0	4	4	0	4	4
REHAB Basel AG	0	2	2	0	2	2
Pestalozzi-Gesellschaft	0	3	3	0	3	3
Säuglingsfürsorge	0	2	2	0	2	2
Schweiz. Sportmuseum	0	1	1	0	1	1
Sehbehindertenhilfe Basel-Stadt und -Land	0	3	3	0	3	3
SPITEX Basel	0	15	15	0	15	15
Stiftung AHBasel (exVerein Jugendfürsorge)	0	15	15	1	15	16
Stiftung Augenspital Basel	0	37	37	0	37	37
Stiftung Basler Studienheim, Haus «La Ferrière»	0	1	1	0	1	1
Stiftung Sinfonieorchester	0	145	145	50	142	192
Stiftung Sympany	0	10	10	0	10	10
Stiftung Basler Wirrgarten	0	0	0	0	1	1
Theater Basel	0	142	142	0	139	139
UKBB Universitäts-Kinderspital beider Basel	0	33	33	0	36	36
Wohngruppen Karpfenweg	0	7	7	0	7	7
Zoologischer Garten	0	13	13	0	13	13
Subtotal	**0**	**599**	**599**	**51**	**608**	**659**
Gesamttotal	**10 714**	**5 443**	**16 157**	**4 433**	**2 273**	**6 706**

2. Aktive Versicherte und Rentenbeziehende

2.1 Aktive Versicherte

Bestandesbewegungen

		Männer		Frauen		Total
		Anzahl	in%	Anzahl	in%	
Leistungsprimat						
Stand am 31.12.2011		9 100	46,8%	10 365	53,2%	19 465
Staat	Zu-/Abnahme	–1 485	28,2%	–3 787	71,8%	–5 272
Institutionen	Zu-/Abnahme	1 557	27,8%	4 052	72,2%	5 609
Stand am 31.12.2012		**9 172**	**46,3%**	**10 630**	**53,7%**	**19 802**
Veränderung total		72	1%	265	3%	337
BVG-Plan						
Stand am 31.12.2011		233	33,1%	471	66,9%	704
Staat	Zu-/Abnahme	–75	22,1%	–264	77,9%	–339
Institutionen	Zu-/Abnahme	73	20,8%	278	79,2%	351
Stand am 31.12.2012		**231**	**32,3%**	**485**	**67,7%**	**716**
Veränderung total		–2	–116%	14	–113%	12
Kombiprimat						
Stand am 31.12.2011		3	60,0%	2	40,0%	5
Institutionen	Zu-/Abnahme	130	40,5%	191	59,5%	321
Stand am 31.12.2012		**133**	**40,8%**	**193**	**59,2%**	**326**
Veränderung total		130	–43%	191	–59%	321
Freiwillig Versicherte						
Stand am 31.12.2011		2	25,0%	6	75,0%	8
Staat	Zu-/Abnahme	0	0,0%	–2	100,0%	–2
Stand am 31.12.2012		**2**	**33,3%**	**4**	**66,7%**	**6**
Veränderung total		0	0%	–2	–33%	–2
Gesamtbestand						
Stand am 31.12.2011		9 338	46,3%	10 844	53,7%	20 182
Veränderung		200	29,9%	468	70,1%	668
Total am 31.12.2012		**9 538**	**45,7%**	**11 312**	**54,3%**	**20 850**

Endbestand per 31.12.2012

		Männer		Frauen		Total
		Anzahl	in%	Anzahl	in%	
Staatspersonal	Leistungsprimat	4 852	49,4%	4 962	50,6%	9 814
	BVG-Plan	133	42,1%	183	57,9%	316
Institutionen	Leistungsprimat	4 320	43,3%	5 668	56,7%	9 988
	BVG-Plan	98	24,5%	302	75,5%	400
	Kombiprimat	133	40,8%	193	59,2%	326
Freiwillig Versicherte		2	33,3%	4	66,7%	6
TOTAL		**9 538**	**45,7%**	**11 312**	**54,3%**	**20 850**

Entwicklung des Bestandes an aktiven Versicherten

		Männer		Frauen		Total
		Anzahl	in%	Anzahl	in%	
Stand am	31.12.1960	7 530	74,8%	2 531	25,2%	10 061
	31.12.1965	8 002	73,1%	2 941	26,9%	10 943
	31.12.1970	8 204	69,8%	3 550	30,2%	11 754
	31.12.1975	8 657	65,5%	4 568	34,5%	13 225
	31.12.1980	9 254	58,9%	6 465	41,1%	15 719
	31.12.1985	10 343	55,5%	8 278	44,5%	18 621
	31.12.1990	10 329	51,0%	9 929	49,0%	20 258
	31.12.1995	9 963	49,9%	9 985	50,1%	19 948
	31.12.2000	9 595	49,6%	9 733	50,4%	19 328
	31.12.2005	9 881	47,8%	10 804	52,2%	20 685
	31.12.2010	9 286	46,6%	10 635	53,4%	19 921
	31.12.2011	9 338	46,3%	10 844	53,7%	20 182
Stand am	**31.12.2012**	**9 538**	**45,7%**	**11 312**	**54,3%**	**20 850**

2.2 Rentenbeziehende

Bestandesbewegungen

Zunahme 2012		Anzahl*	Zunahme CHF*
Altersrenten	Männer	110	3 296 662
	Frauen	151	3 818 155
Invalidenrenten	Männer	11	299 175
	Frauen	42	391 080
Ehegattenrenten		6	296 811

Abnahme 2012	Anzahl*	Abnahme CHF*
Kinderrenten	–53	–25 988
Renten an invalide Kinder	–2	–13 332
Überbrückungsrenten	–49	–1 201 200

Endbestand nach Rentenarten 31.12.2012		Anzahl	Ordentliche Renten CHF
Altersrenten	Männer	5 543	262 074 174
	Frauen	4 710	122 296 149
Invalidenrenten	Männer	1 110	26 940 855
	Frauen	1 312	21 192 236
Ehegattenrenten		2 780	74 887 435
Subtotal 1		**15 455**	**507 390 849**
Waisenrenten		138	846 487
Kinderrenten		694	1 565 702
Renten an invalide Kinder		30	198 110
Subtotal 2		**16 317**	**510 001 148**
Überbrückungsrenten		1 466	17 406 518
Total		**17 783**	**527 407 666**

* jeweils Saldo aus Zugängen minus Abgängen

Detailangaben Entwicklung Invalidenrenten	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Männer unter 63 Jahre	468	491	542
Männer über 63 Jahre	642	608	563
Total Männer	**1 110**	**1 099**	**1 105**
Frauen unter 63 Jahre	773	779	801
Frauen über 63 Jahre	539	491	435
Total Frauen	**1 312**	**1 270**	**1 236**

Entwicklung des Rentenbestandes

	Alters- und Invalidenrenten inkl. Überbrückungsrenten		Ehegattenrenten / Waisen-Renten / Kinderrenten / Renten an invalide Kinder		Total Renten	
Stand am	**Anzahl**	**Jahresrenten CHF**	**Anzahl**	**Jahresrenten CHF**	**Anzahl**	**CHF**
31.12.1960	2 411 *	16 331 015	1 683	5 169 662	4 094	21 500 677
31.12.1965	2 794 *	23 026 630	1 909	7 363 282	4 703	30 389 912
31.12.1970	3 291 *	39 997 196	2 101	12 573 943	5 392	52 571 139
31.12.1975	3 742 *	74 570 792	2 351	21 933 919	6 093	96 504 711
31.12.1980	4 463 *	102 066 425	2 535	28 322 151	6 998	130 388 576
31.12.1985	5 281 *	143 004 640	2 675	37 180 945	7 956	180 185 585
31.12.1990	6 326 *	188 731 020	2 748	43 968 974	9 074	232 699 994
31.12.1995	7 575 *	280 270 233	2 970	58 430 886	10 545	338 701 119
31.12.2000	8 942 *	337 704 089	3 366	65 956 646	12 308	403 660 735
31.12.2005	12 285	392 991 573	3 572	70 191 111	15 857	463 182 684
31.12.2010	13 667	437 223 444	3 700	75 637 189	17 367	512 860 633
31.12.2011	13 876	443 306 060	3 691	77 190 002	17 567	520 496 062
31.12.2012	**14 141**	**449 909 932**	**3 642**	**77 497 734**	**17 783**	**527 407 666**

* Die Kinder- und Überbrückungsrenten werden als zusätzliche Renten an Bezüger von ordentlichen Alters- und Invalidenrenten ausbezahlt. Zudem gibt es Personen, die mehrere Renten beziehen (beispielsweise aufgrund gestaffelter Pensionierung).

Endbestand nach Anzahl Personen 31.12.2012		Anzahl	Ordentliche Renten CHF
Altersrentner	Männer	5 299	262 074 174
	Frauen	4 351	122 296 149
Invalidenrentner	Männer	973	26 940 855
	Frauen	1 120	21 192 236
Bezüger von Ehegattenrenten		2 733	74 887 435
Bezüger von Waisenrenten		127	846 487
Bezüger von Renten an invalide Kinder		30	198 110
Kinderrenten*			1 565 702
Überbrückungsrenten*			17 406 518
Total		**14 633**	**527 407 666**

* Die Kinder- und Überbrückungsrenten werden als zusätzliche Renten an Bezüger von ordentlichen Alters- und Invalidenrenten ausbezahlt. Zudem gibt es Personen, die mehrere Renten beziehen (beispielsweise aufgrund gestaffelter Pensionierung).

3. Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung der Vorsorgepläne

Staatspersonal: Plan Leistungsprimat und BVG-Plan
Die Pensionskasse Basel-Stadt ist eine autonome Vorsorgeeinrichtung mit umhüllenden Vorsorgeleistungen. Das heisst, dass auch über dem Obligatorium des BVG liegende Leistungen erbracht werden.

Im Plan Leistungsprimat errechnet sich der versicherte Lohn aus dem AHV-pflichtigen Grundlohn, abzüglich eines Koordinationsabzuges. Dieser Koordinationsabzug entspricht drei Achteln des Grundlohnes, im Maximum jedoch der maximalen jährlichen AHV-Altersrente, wobei der Beschäftigungsgrad entsprechend berücksichtigt wird. Der gemäss basel-städtischem Lohngesetz das Maximum von Lohnklasse 22 (CHF 213 343,00; Stand 2012) übersteigende Betrag wird zu 50% versichert und der das Maximum der Lohnklasse 28 (CHF 327 255,50; Stand 2012) übersteigende Betrag wird nicht berücksichtigt. Der so berechnete maximal zu versichernde AHV-Lohn beträgt CHF 270 300,00 (Stand 2012).

Bei Volleinkauf beträgt die Alters- bzw. Invalidenrente 65% des versicherten Lohnes. Die massgebende Versicherungszeit beträgt 38 Jahre, das ordentliche Rücktrittsalter beträgt 63 Jahre. Die Ehegattenrente beträgt $^{2}/_{3}$, die Waisen- und Invalidenkinderrente $^{1}/_{5}$ der Alters- bzw. Invalidenrente. Die Höhe der Pensionierten-Kinderrente entspricht dem BVG-Obligatorium. Eine vorzeitige Pensionierung ist ab Alter 58 möglich. Vergünstigte Konditionen bestehen bei Pensionierung ab Alter 60. Zur Altersrente wird eine Überbrückungsrente in der Höhe von 120% der minimalen AHV-Altersrente (max. 140% bei tiefen Löhnen) ausgerichtet. Bei Verteilung auf mehrere Jahre ist der Totalbezug an Überbrückungsrenten auf 360% (bzw. 420%) begrenzt. Für Konkubinatspaare wird im Todesfall eine Lebenspartnerrente in der Höhe der Ehegattenrente ausgerichtet. Sofern beim Tod einer aktiven versicherten Person keine Ehegatten-, Lebenspartner- oder Geschiedenenrente fällig wird, besteht Anspruch auf ein Todesfallkapital.

Die laufenden Renten werden nach den finanziellen Möglichkeiten der Kasse der Teuerung angepasst, wobei der Staat hierfür einen jährlichen Beitrag in einen separaten

Teuerungsfonds einbezahlt. Über die Verwendung dieses Fonds bestimmt der Verwaltungsrat.

Kurzzeitig Versicherte (bis maximal sechs Monate), Personen im Stundenlohn und Versicherte mit Eintrittsalter ab 63 Jahren werden in einem «BVG-Plan» versichert. Dessen Leistungen entsprechen den Mindestleistungen gemäss BVG.

Es bestehen diverse Sonderbestimmungen, u.a. für Magistratspersonen. Im Einzelnen wird auf das Gesetz und auf die vom Verwaltungsrat erlassenen Ausführungsbestimmungen (Reglemente) verwiesen.

Angeschlossene Institutionen: Wahl aus vier verschiedenen Vorsorgeplänen

Plan A: Leistungsprimat, 65% Alters-/Invalidenrente, mit Rücktrittsalter 63

Plan B: Leistungsprimat, 65% Alters-/Invalidenrente, mit Rücktrittsalter 64 (Frauen) und 65 (Männer)

Plan C: Kombiprimat, Beitragsprimat beim Sparprozess mit Leistungsziel 65%; Risikoleistungen im Leistungsprimat mit variabler Höhe, mit Rücktrittsalter 65

Plan D: Kombiprimat, wie Plan C, jedoch mit Leistungsziel 60%, mit Rücktrittsalter 65

3.2 Finanzierung, Finanzierungsmethode

Die PKBS ist nach den Grundsätzen der Kapitaldeckung in geschlossener Kasse aufgebaut. Beim Leistungsprimatplan (Plan A; Staatspersonal) betragen die ordentlichen Arbeitnehmerbeiträge grundsätzlich 8,5% des anrechenbaren Lohnes (1,5% für Versicherte unter 25 Jahren). Bei Lohnerhöhungen sind Nachzahlungen zu leisten, wobei der Beitrag der Versicherten in Prozent der Lohnerhöhung bemessen wird, der Prozentsatz entspricht dem Lebensalter. Lohnerhöhungen von über 10% (bzw. 5% ab Alter 50) sind einzukaufen (gemäss Einkaufstabelle). Die ordentlichen Arbeitgeberbeiträge des Staates betragen 20% des anrechenbaren Lohnes. Dazu kommt ein Beitrag an den Teuerungsfonds Staat von 2,5% (bzw. 5% spätestens ab dem Jahr 2038).

Seit dem **1. Januar 2011** beträgt der ordentliche Arbeitnehmerbeitrag im Leistungsprimatplan (Plan A) für das Staatspersonal 10,1% (ab Alter 25), der Arbeitgeberbeitrag 18,4%. Diese Beitragsverschiebung resultierte aus der per 31. Dezember 2010 erfolgten Sanierung im Versichertenbereich Staat. Die Hälfte der vom Staat einbezahlten Einmaleinlage (CHF 795 Mio. inkl. Anteil IWB Industrielle Werke Basel) wird dem Arbeitgeber von den Destinatärinnen und Destinatären zurückbezahlt. Für die Aktivversicherten erfolgt dies über die vorstehend aufgezeigte Erhöhung des Beitrages; die vom Arbeitgeber dadurch eingesparten Mittel werden als Rückzahlung der Arbeitnehmeranteile angerechnet. Der Anteil der Rentenbeziehenden an diese Sanierung erfolgt durch einen Verzicht auf Teuerungsanpassung in der Form einer Reduktion des Arbeitgeberbeitrages an den Renten-Teuerungsfonds von 2,5% auf 0,1% der versicherten Lohnsumme Aktivversicherte. Diese Beitragsaufteilung gilt – gleichfalls abhängig von der finanziellen Entwicklung im betreffenden Vorsorgewerk – so lange, bis die Gesamtheit der Destinatärinnen und Destinatäre ihren hälftigen Anteil an die Sanierungseinlage geleistet haben.

Im Umfang der benötigten Wertschwankungsreserven besteht für den Bereich Staat eine Staatsgarantie in der Höhe von max. 20% der Vorsorgeverpflichtungen. Dies jedoch nur solange, als der Zieldeckungsgrad (100% plus Ziel-Wertschwankungsreserve) noch nicht erreicht ist. Die Beiträge sind so ausgelegt worden, dass die reglementarischen Leistungen erbracht werden können, wobei eine Anlagerendite von 4,6% p.a. einberechnet wurde. Der technische Zinssatz beträgt 4,0%.

Der Beitrag der angeschlossenen Institutionen richtet sich nach den Anschlussverträgen bzw. nach dem gewählten Vorsorgeplan. Es gilt der Grundsatz, dass langfristig jede Institution die vollen Kosten ihrer Vorsorge (inkl. Verwaltungskosten) selbst trägt. Die Finanzierung der Vorsorge

einer jeden Institution erfolgt somit getrennt vom Staat bzw. von den übrigen Arbeitgebern, somit wird für jede Institution auch ein eigener Deckungsgrad geführt.

Die versicherten Löhne der Aktiven Versicherten betragen:

(in Mio. CHF)	2012	2011
Staat	605,2	882,4
Institutionen	604,2	289,9
Freiwillig Versicherte	0,2	0,3
Total versicherte Löhne	**1 209,6**	**1 172,6**

4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit

4.1 Bestätigung über Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die vorliegende Jahresrechnung entspricht den Vorschriften von Swiss GAAP FER 26.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Flüssige Mittel, Geldmarktanlagen, Wertschriften

Die Bewertung der Flüssigen Mittel, Geldmarktanlagen und Wertschriften (inkl. Derivate und Rohstoffe) erfolgt zu Marktwerten per Bilanzstichtag. Die daraus entstehenden realisierten und nicht realisierten Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam im Nettoertrag aus Flüssigen Mitteln und Geldmarktanlagen, Obligationen, Aktien und ähnlichen Wertpapieren ausgewiesen. Derivate stehen zum Marktwert bei den entsprechenden Basispositionen (Long-Positionen positiv, Short-Positionen negativ). Der Deckungspflicht (Liquidität) für Engagements in Derivaten wird durch Anwendung der Fachempfehlungen zum Einsatz und zur Darstellung der derivativen Finanzinstrumente nachgekommen.

Forderungen und Darlehen

Die Bilanzierung der Forderungen und Darlehen erfolgt zu Nominalwerten.

Fremdwährungsumrechnungen

Erträge und Aufwendungen in Fremdwährungen werden zu den jeweiligen Tageskursen umgerechnet. Aktiven und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden zu Jahresendkursen bewertet. Die daraus entstehenden Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam verbucht.

Hypotheken

Die Bilanzierung der Hypothekardarlehen erfolgt zum Nominalwert abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Wertberichtigungen.

Immobilien

Bei den Immobilien wird zwischen direkten Immobilienanlagen, im Bau befindlichen Immobilien und indirekten Immobilienanlagen unterschieden. Die einzelnen Kategorien werden wie folgt bewertet:

- Direkte Immobilienanlagen werden zum Marktwert bilanziert. Dieser wird nach der Discounted Cash Flow-Methode (DCF) ermittelt. Die wichtigsten Bewertungsparameter der DCF-Methode sind:
  - Mietertragswachstum: Individuell pro Objekt
  - Inflation: 1% p.a.
  - Diskontsatz: Basisdiskontsatz = 5%; individuelle Zu- und Abschläge für spezifische Objekteigenschaften
- Im Bau befindliche Immobilien: Als im Bau befindliche Immobilien gelten Neubauten bis zur abgeschlossenen Bauabrechnung. Die Bewertung erfolgt zum tieferen Wert von Anschaffungskosten und Marktwert.
- Indirekte Immobilienanlagen werden zum Marktwert (Börsenkurs) bilanziert.

4.3 Änderungen von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung

Im Berichtsjahr wurden keine Änderungen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung vorgenommen.

5. Versicherungstechnische Risiken/Risikodeckung/Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung

Die Kasse trägt ihre Risiken selbst (autonome Vorsorgeeinrichtung); eine Rückdeckung ist nicht vorhanden.

5.2 Zusammensetzung der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen

Vorsorgekapital

Die in der Bilanz ausgewiesene Position «Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen» verteilt sich wie folgt (LP = Leistungsprimat; BP = Beitragsprimat; BVG = BVG-Plan):

Vorsorgekapital Staat (in CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Vorsorgekapital Aktive Versicherte LP	2 002 242 451	2 788 112 303
Vorsorgekapital Aktive Versicherte BVG	4 483 186	12 272 824
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	3 421 433 051	4 359 546 970
Separate Sparkapitalien Aktive Versicherte	163 494 306	237 653 032
Technische Rückstellungen	325 295 811	392 817 389
Teuerungsfonds	19 489 894	26 779 065
Total	**5 936 438 699**	**7 817 181 583**

Vorsorgekapital Institutionen (in CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Vorsorgekapital Aktive Versicherte LP	1 828 717 856	998 154 573
Vorsorgekapital Aktive Versicherte BP	55 674 513	400 999
Vorsorgekapital Aktive Versicherte BVG	9 223 859	711 197
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	1 975 724 893	1 004 511 927
Separate Sparkapitalien Aktive Versicherte	150 152 488	88 709 363
Technische Rückstellungen	229 951 303	110 336 006
Teuerungsfonds	10 157 721	516 941
Total	**4 259 602 633**	**2 203 341 006**

Vorsorgekapital Freiwillig Versicherte (in CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Vorsorgekapital Aktive Versicherte LP	1 391 939	2 029 490
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	50 913 346	50 913 346
Separate Sparkapitalien Aktive Versicherte	1 299	1 280
Technische Rückstellungen	2 883 751	2 911 857
Total	**55 190 335**	**55 855 973**
Gesamttotal	**10 251 231 667**	**10 076 378 562**

5.3 Entwicklung des Vorsorgekapitals für aktive Versicherte

Leistungsprimat

Vorsorgekapital LP (in Mio. CHF)	**2012**	**2011**
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	3 788,3	3 763,1
Anpassung an Neuberechnung	44,1	25,2
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	3 832,4	3 788,3

Separates Sparkapital (in Mio. CHF)	**2012**	**2011**
Stand des Sparkapitals am 1.1.	326,3	339,4
Veränderung	–17,3	–19,6
Verzinsung (1,5%/2,0%)	4,6	6,5
Stand des Sparkapitals am 31.12.	313,6	326,3

Beitragsprimat

Vorsorgekapital BP (in Mio. CHF)	**2012**	**2011**
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	0,4	0,0
Veränderung	54,3	0,4
Verzinsung (2,0%/2,0%)	1,0	0,0
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	55,7	0,4

Vorsorgekapital BVG (in Mio. CHF)	**2012**	**2011**
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	13,0	14,2
Veränderung	0,5	–1,4
Verzinsung (1,5%/2,0%)	0,2	0,2
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	13,7	13,0

Das Vorsorgekapital aktive Versicherte (Beitrags- und Leistungsprimat) setzt sich per 31. Dezember wie folgt zusammen:

(in Mio. CHF)	2012	2011
Vorsorgekapital LP	3 832,4	3 788,3
Separates Sparkapital	313,6	326,3
Vorsorgekapital BP	55,7	13,4
Vorsorgekapital BVG	13,7	0,0
Total Vorsorgekapital aktive Versicherte	**4 215,4**	**4 128,0**

5.4 Summe der Altersguthaben nach BVG

(in Mio. CHF)	31.12.2012	31.12.2011
Altersguthaben nach BVG (Schattenrechnung)	1 566,0	1 514,3

5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Rentenbeziehende

(in Mio. CHF)	2012	2011
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	5 415,0	5 364,2
Bildung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	33,1	50,8
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	5 448,1	5 415,0

Im Rahmen des BVG-Obligatoriums erfolgte per 1. Januar 2012 gemäss den Vorgaben des Bundesamts für Sozialversicherungen keine Teuerungsanpassung der laufenden Hinterlassenen- und Invalidenrenten. Bei den überobligatorischen Leistungen erfolgten ausser bei einer angeschlossenen Institution ebenfalls keine Anpassungen an die Teuerung. Bei dieser Institution wurde die Erhöhung durch vorhandene freie Mittel (Belastung des Kapitalkontos) finanziert.

5.6 Entwicklung der technischen Rückstellungen

(in Mio. CHF)	2012	2011
Stand der Rückstellungen am 1.1.	506,1	458,9
Veränderung technische Rückstellungen Staat	–64,2	37,4
Veränderung technische Rückstellungen Institutionen	116,7	9,8
Stand der Rückstellungen am 31.12. (vor Teuerungsfonds)	558,1	506,1
Teuerungsfonds Staat (Details siehe unten)	19,5	26,8
Teuerungsfonds Institutionen (Details siehe unten)	10,2	0,5
Stand der Rückstellungen am 31.12.	587,8	533,4

Teuerungsfonds Staat (in Mio. CHF)	2012	2011
Stand am 1.1.	26,8	25,9
Übertragung zu Institutionen	–8,7	0,0
Einlage Staat	0,6	0,9
Verzinsung (4,0%/0,0%)	0,8	0,0
Verwendung für Teuerungsausgleich auf laufenden Renten	0,0	0,0
Stand am 31.12.	19,5	26,8

Teuerungsfonds Institutionen (in Mio. CHF)	2012	2011
Stand am 1.1.	0,5	0,3
Übertragung von Staat	8,7	0,0
Einlagen Institutionen	0,6	0,2
Verzinsung (4,0%/0,0%)	0,4	0,0
Verwendung für Teuerungsausgleich auf laufenden Renten	0,0	0,0
Stand am 31.12.	10,2	0,5

5.7 Ergebnis des letzten versicherungstechnischen Gutachtens

Mit Datum vom 7. August 2012 erstellte der Experte für berufliche Vorsorge ein versicherungstechnisches Gutachten per 31. Dezember 2011. Per Ende 2011 lag der Deckungsgrad der Gesamtkasse bei 95,8% (ohne Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) bzw. bei 96,0% (mit Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht), der technische Fehlbetrag beträgt CHF 424 Mio. (Vorjahr CHF 67 Mio.).

Für die vorliegende Jahresrechnung wurden die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen neu berechnet. Die entsprechenden Werte wurden vom Experten für berufliche Vorsorge (Swisscanto Vorsorge AG) bestätigt.

5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Seit dem 1. Januar 2005 werden für die Ermittlung der Barwerte die technischen Grundlagen der Eidgenössischen Versicherungskasse (EVK 2000) mit einem technischen Zins von 4% verwendet. Seit der Einführung des Tarifs EVK 2000 entsprechen sich die Eintritts- und Austrittstarife. Die Tabellen wurden zudem geschlechtsneutral ausgestaltet, sodass für weibliche und männliche Versicherte die gleichen Werte gelten. Für die aktiven Versicherten wird entweder der Barwert der erworbenen Leistungen (Leistungsprimat) oder das Sparkapital (Beitragsprimat) zurückgestellt.

Zur Finanzierung des Wechsels der Rechnungsgrundlagen – Umsetzung per 1. Januar 2013 – werden entsprechende versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese betragen jährlich 0,5% der Vorsorgeverpflichtungen, gerechnet ab Vorliegen des Tarifs EVK 2000. Somit betragen diese Rückstellungen per Ende 2012 insgesamt 6,0% der Vorsorgeverpflichtungen.

5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Im Berichtsjahr wurde noch keine Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen vorgenommen.

Eine Umstellung der Rechnungsgrundlagen von EVK 2000 (4%) auf VZ 2010 (4%) wird jedoch per 1. Januar 2013 vorgenommen, was im Leistungsprimat zu einer entsprechenden Erhöhung der diversen Barwerte führen wird. Das Umstellungskonzept sieht vor, dass sich die im Zusammenhang mit dem Tarifwechsel erfolgende einmalige Zunahme des Barwerts der erworbenen Leistungen nicht auf die Austrittsleistung auswirkt. Denn bei einem vorzeitigen Austritt aus einem Vorsorgewerk der PKBS ohne Auslösung eines Leistungsfalls wird der per 1. Januar 2013 allfällig eingestellte Erhöhungsbetrag infolge Tarifwechsel wieder in Abzug gebracht. Im Kombiprimat wird sich die Tarifumstellung auf die Höhe des Umwandlungssatzes auswirken, welcher ab 2014 gesenkt werden wird.

5.10 Deckungsgrad nach Art. 44 BVV 2

Gesamtkasse

Der Deckungsgrad der Gesamtkasse wird ermittelt, indem vom Vermögen die Verbindlichkeiten, die passiven Rechnungsabgrenzungen sowie die Arbeitgeberbeitragsreserven (ohne Verwendungsverzicht) in Abzug gebracht werden (=Nettoaktiven) und dieser Betrag durch das Vorsorgekapital (inkl. technische Rückstellungen) dividiert wird. Per 31. Dezember 2012 ergibt sich ein Deckungsgrad von 99,4% (mit Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) bzw. von 99,3% (ohne Anrechnung). Die gesamte Deckungslücke beträgt CHF 58 Mio. (mit Berücksichtigung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht).

Bereich Staat

Der Deckungsgrad Staat wird ermittelt, indem die Nettoaktiven des Bereichs Staat durch die Vorsorgeverpflichtungen des Bereichs Staat dividiert wird. Per 31. Dezember 2012 ergibt sich ein Deckungsgrad von 98,7% (Vorjahr 96,8%). Eine Wertschwankungsreserve ist nicht vorhanden.

Bereich Institutionen

Der durchschnittliche Deckungsgrad aller Institutionen stieg von 93,1% (Vorjahr) auf neu 100,5% unter Anrech-

nung der Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht. Massgebend für diese Zunahme ist das Ergebnis der Vermögensanlage mit einer Performance von +6,7% sowie die Sanierungsbeiträge und -einlagen einiger grosser Institutionen im Umfang von CHF 106 Mio.

In der Betriebsrechnung wird den Institutionen vom Ertragsüberschuss 2012 von CHF 301 Mio. ein Anteil von CHF 188 Mio. zugewiesen (Anteil Staat CHF 113 Mio.). Dieser hohe Anteil ist in erster Linie auf die vorhin erwähnten Sanierungsbeiträge und -einlagen von CHF 106 Mio. zurückzuführen.

Von den insgesamt 72 Vorsorgewerken der angeschlossenen Institutionen weisen 35 (Vorjahr 46) eine Unter- und 37 (Vorjahr 17) eine Überdeckung aus.

Der Umfang der Überdeckungen der Institutionen, welche einen Deckungsgrad von über 100% (unter Einrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) aufweisen, beträgt für die 37 (Vorjahr 17) Vorsorgewerke CHF 51,2 Mio. (Vorjahr 4,3 Mio.); davon Wertschwankungsreserven CHF 50,0 Mio. (Vorjahr 3,6 Mio.) und freie Mittel CHF 1,2 Mio. (Vorjahr 0,7 Mio.).

Die Summe der Unterdeckungen der Institutionen, welche einen Deckungsgrad von unter 100% (unter Einrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) aufweisen, beträgt für die betreffenden 35 (Vorjahr 46) Vorsorgewerke CHF –31,7 Mio. (Vorjahr CHF –156,9 Mio.). Zwecks Reduktion der bestehenden Unterdeckung besteht in acht Vorsorgewerken eine Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht in Höhe von insgesamt CHF 19,0 Mio. (Vorjahr 19.0 Mio.).

Nachfolgend sind die Institutionen tabellarisch nach ihren jeweiligen Deckungsgraden aufgeführt:

Deckungsgrad	Anzahl Institutionen		Anzahl Versicherte		Vorsorgekapital (in Mio, CHF)	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
> =100,0%	37	17	13 173	275	3 443,0	68,8
95,0 – 99,9%	18	20	2 508	3 010	685,3	866,8
90,0 – 94,9%	5	11	90	1 014	27,1	342,4
< 90,0%	12	15	386	2 396	104,2	925,6
Total	**72**	**63**	**16 157**	**6 695**	**4 259,6**	**2 203,6**

Deckungsgrad (in Mio, CHF)	Unter- / Überdeckung*		Wertschwankungsreserven		Freie Mittel	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
> =100,0%	51,2	4,3	50,0	3,6	1,2	0,7
95,0 – 99,9%	–9,5	–17,6				
90,0 – 94,9%	–2,1	–22,6				
< 90,0%	–20,1	–116,7				
Total	**19,5**	**–152,6**	**50,0**	**3,6**	**1,2**	**0,7**

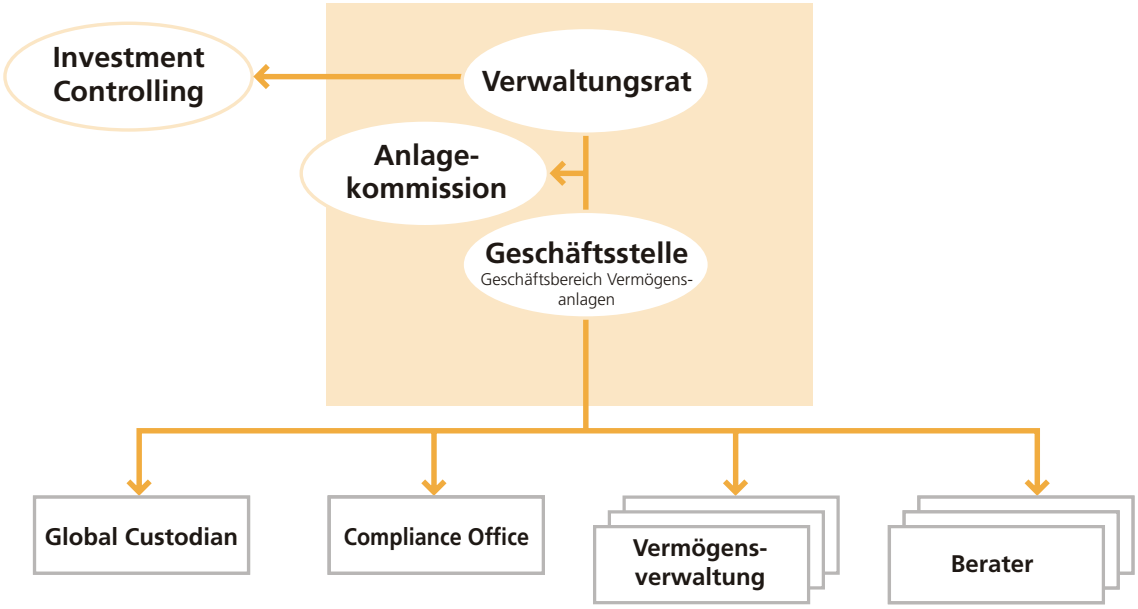
* unter Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht

6. Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement

Der **Verwaltungsrat** ist das oberste Entscheidungs- und Aufsichtsorgan der PKBS. Er behandelt die langfristigen Finanzierungsfragen und ist für die Anlageorganisation und deren Kompetenzregelung verantwortlich. Ein stufengerechtes Management-Informationssystem, damit die verantwortlichen Instanzen über aussagekräftige, führungsrelevante und zeitgerechte Informationen verfügen, ist vorhanden. Die PKBS hat die Organisation, Aufgaben und Kompetenzen in einem Anlagereglement festgehalten. Dieses wurde am 22. September 2003 erlassen und ist seit 1. Januar 2004 in Kraft, die letzten Änderungen datieren vom 28. November 2012.

Die folgende Graphik zeigt die Anlageorganisation:



In Bezug auf die Anlagetätigkeit sind im Anlagereglement der PKBS u.a. folgende Grundsätze enthalten:

- Bei der Bewirtschaftung des Anlagevermögens sind die Interessen der Versicherten und damit die Erfüllung des Vorsorgezweckes der PKBS massgebend.
- Das Anlagevermögen ist so zu bewirtschaften, dass (i) die Leistungen jederzeit termingerecht ausbezahlt werden können, (ii) die anlagebedingte Risikofähigkeit eingehalten wird, damit die nominelle Sicherheit der versprochenen Leistungen gewährleistet ist und (iii) die Gesamtrendite im Rahmen der Risikofähigkeit optimiert wird, damit ein grösstmöglicher Beitrag zur Realwerterhaltung der versprochenen Rentenleistungen erzielt werden kann.
- Die Risikofähigkeit der PKBS bemisst sich insbesondere an der finanziellen Lage, Struktur und Beständigkeit der Arbeitgeber und des Destinatärbestandes.
- Die Vermögensanlagen erfolgen schwergewichtig und nach Möglichkeit in liquiden, gut handelbaren und qualitativ hochstehenden Anlagen.
- Die Vermögensanlagen werden auf verschiedene Anlagekategorien, wie Märkte, Währungen, Branchen und Sektoren, verteilt.
- Die Vermögensanlagen werden so angelegt, dass damit ein dem Geld-, Kapital- und Immobilienmarkt entsprechender Ertrag angestrebt wird.

Der Verwaltungsrat legt die Ziele und Grundsätze der Vermögensanlage im Anlagereglement fest und genehmigt die langfristige Anlagestrategie.

Die **Anlagekommission** ist vom Verwaltungsrat für die Steuerung, Koordination und Überwachung der Vermögensanlagen eingesetzt. Sie setzt die Anlagestrategie um und legt die Gewichtung innerhalb der taktischen Bandbreiten fest. Sie entscheidet über die Vergabe von Mandaten und auch über die Auswahl von Anlagestiftungen und Fonds.

Die Anlagekommission setzte sich im Jahr 2012 aus den folgenden Mitgliedern zusammen:

- **Urs Ernst, Dr., Präsident**
  Urs Ernst ist Mitglied und Präsident der Anlagekommission seit 2004. Die Ernst Wirtschaftsberatung wurde 2004 von Urs Ernst gegründet und ist ein Beratungsunternehmen für Institutionelle Anleger in Fragen der Kapitalanlage. Vor der Firmengründung war Urs Ernst als Analyst, Head of Research, Head of Brokerage und Chief Financial Officer für eine renommierte Schweizer Privatbank tätig. Neben weiteren Mandaten in der Finanzindustrie präsidiert er die Anlagekommission der Transparenta Sammelstiftung für berufliche Vorsoge mit Sitz in Aesch BL.
- **Yvan Lengwiler, Prof. Dr., Vizepräsident**
  Yvan Lengwiler ist seit 2004 Mitglied und seit 2006 Vizepräsident der Anlagekommission. Seit 2005 ist er Professor für Nationalökonomie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel. Er befasst sich mit Fragen der Geldpolitik, mit dem Zusammenhang zwischen Finanzmarktpreisen und mikroökonomischen Fundamentaldaten sowie mit dem Design von Mechanismen, insbesondere von Auktionen. Yvan Lengwiler ist seit 2012 auch Mitglied des Verwaltungsrats der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA. Vor seiner Lehrtätigkeit an der Universität Basel war er Economic Adviser bei der Schweizerischen Nationalbank und nahm Lehraufträge der Universität Zürich, der Hochschule St. Gallen und der Melbourne University wahr. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule St. Gallen sowie an der Princeton University und dem Studienzentrum Gerzensee. Er ist Verfasser mehrerer Bücher sowie zahlreicher Beiträge im Bereich der Wirtschaftstheorie und -politik.
- **Thomas Hagen**
  Thomas Hagen ist seit 2004 Mitglied der Anlagekommission. Seit 2012 ist er als Leiter der Kapitalanlagen bei der Aargauischen Pensionskasse tätig. Er startete seine berufliche Karriere in der Anlageberatung. Thomas Hagen war von 1988 bis 2011 bei der Baloise

Gruppe beschäftigt. Von 1988 bis 2009 war er innerhalb des Asset-Managements als Portfoliomanager für verschiedene Anlagekategorien zuständig. Von 2010 bis 2011 war er im Bereich Anlagestrategie & Investment Controlling tätig und unter anderem für die Umsetzung der taktischen Asset-Allocation der Pensionskasse der Basler Versicherung AG verantwortlich.

– **Hans Naef, Dr.**
  Hans Naef ist seit 2004 Mitglied der Anlagekommission. Das Unternehmen GSP, Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG wurde 1969 durch Dr. oec. publ. Hans Naef gegründet. Die Gesellschaft ist auf die Durchführung von Analysen und Erbringung von Planungsleistungen für komplexe Immobilienanlagen spezialisiert. Hans Naef ist Präsident der Fondation Sana, welche die Aktienmehrheit des Helsana Versicherungskonzerns besitzt. Zudem ist er Mitglied des Verwaltungsrates von mehreren Immobilienfirmen.
– **Felix Spiegel**
  Felix Spiegel ist seit 2010 Mitglied der Anlagekommission. Die Firma Spiegel Wagner Partner AG wurde von Felix Spiegel im Jahre 1999 gegründet. Er ist als unabhängiger Immobilienspezialist auf umfassende und komplexe Grundstück- und Immobilien-Entwicklungsprojekte spezialisiert. Vor seiner selbstständigen Tätigkeit war er für verschiedene namhafte Industrie- und Immobilien-Gesellschaften im In- und Ausland tätig.
– **Michael Theurillat, Dr.**
  Michael Theurillat ist seit 2006 Mitglied der Anlagekommission. Nach 15 Jahren im Bankgeschäft machte er sich 2002 selbständig. Seither ist er als unabhängiger Berater auf dem Gebiet der Finanzwissenschaften und als freier Autor tätig. Seine Expertise auf dem Gebiet der Finanzmärkte wird von Banken, Family Offices und privaten Stiftungen sowie von Pensionskassen in Anspruch genommen. Zu seiner zweiten grossen Leidenschaft gehört die Literatur. Bekannt sind seine Romane um den Zürcher Kommissar Eschenbach (erschienen im Ullstein Verlag, Berlin). Michael Theurillat studierte Wirtschaftswissenschaften, Kunstgeschichte und Geschichte und erwarb seine Promotion auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft.

Die **Geschäftsstelle** ist die operative Einheit im Bereich Vermögensanlagen der PKBS. Sie administriert den gesamten Anlageprozess, koordiniert zwischen allen Beteiligten, bereitet die Beschlüsse von Verwaltungsrat und Anlagekommission vor und setzt sie operativ um. Sie wickelt das Tagesgeschäft ab und führt die Eigenverwaltung der PKBS aus.

Die **Vermögensverwalter** sind für die Auswahl der Anlagen auf der Ebene der Einzelinvestments zuständig (Titelwahl und Timing). Sie sind verantwortlich für die konkrete Bewirtschaftung einzelner Anlagesegmente. Die Vermögensverwaltung können sowohl externe Stellen (Fremdverwaltung) wie Banken, Versicherungen, sonstige Vermögensverwalter als auch die Geschäftsstelle (Eigenverwaltung) wahrnehmen. Die Fremdverwaltung erfolgt im Rahmen von vertraglich festgelegten Vermögensverwaltungsmandaten oder in Form von Anlagestiftungen und Fonds.

Die Anlagetätigkeiten wurden im Berichtsjahr durch die folgenden Vermögensverwalter ausgeführt:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter
Liquidität	Finanzverwaltung Basel-Stadt, Basel
Obligationen	Credit Suisse, Zürich
	Finanzverwaltung Basel-Stadt, Basel
	Zürcher Kantonalbank, Zürich
Hypotheken	Eigenverwaltung PKBS
Aktien Inland	BioMedPartners AG, Basel
	Credit Suisse, Zürich
	St. Galler Kantonalbank, St. Gallen

Aktien Ausland	UBS AG, Zürich/London Vanguard Group Inc., Zürich/Valley Forge
Immobilien Inland	Immobilien Basel-Stadt, Basel Swiss & Global Asset Management AG, Zürich Diverse Schweizer Immobilien Anlagestiftungen
Immobilien Ausland	AFIAA Anlagestiftung für Immobilienanlagen im Ausland, Zürich Credit Suisse, Zürich
Rohstoffe	Goldman Sachs International, Zürich/London UBS AG, Zürich Zürcher Kantonalbank, Zürich

Im Laufe des Jahres 2012 wurden bei den Vermögensverwaltern verschiedene Änderungen vorgenommen. Im Bereich Obligationen wurde das Mandat Obligationen CHF enhanced der Finanzverwaltung Basel-Stadt neu in zwei Mandate (Obligationen CHF passiv und Darlehen CHF) aufgeteilt. Zudem wurde das passive Mandat Inflation Linked Bonds umstrukturiert und neu an die Zürcher Kantonalbank vergeben. Im Bereich Aktien Ausland wurde der Emerging Markets Fonds von Vanguard veräussert und entsprechend das passive UBS Mandat für Aktien Direktanlagen Emerging Markets aufgestockt. Schliesslich wurde im 4. Quartal der Gold ETF der UBS veräussert. Neu wurde das Gold direkt physisch am Markt gekauft. Die Goldbestände werden physisch bei der Zürcher Kantonalbank gelagert.

Der **Global Custodian** steuert die zentralisierte Administration wie Transaktionsabwicklung, Verwahrung (Depotstelle) sowie Verwaltungshandlung der Wertschriftenanlagen und stellt für die PKBS das zentrale Investment Reporting zusammen. Dieses beinhaltet neben den Wertschriften alle übrigen Anlagen wie beispielsweise OTC-Positionen, Immobilien-Direktanlagen und Hypotheken der PKBS. Das Investment Reporting ist ein zentrales Führungs- und Überwachungsinstrument. Das umfassende Mandat erfolgt durch die UBS AG, Zürich.

Die UBS AG, Zürich, führt ebenfalls das **Compliance Office** aus. Hierbei wird laufend auf täglicher Basis die Einhaltung sämtlicher Anlagerichtlinien, Bandbreiten und Limiten sowie die Portfoliostruktur der Wertschriftenanlagen überprüft. Bei der Feststellung von Verletzungen ist ein Eskalationsprozess definiert.

Die PPCmetrics AG, Zürich, führt das **Investment Controlling** Mandat aus. Sie ist eine unabhängige Controlling-Instanz der PKBS. Sie stellt quartalsweise relevante Informationen für die Überwachung und Steuerung des Anlageprozesses zuhanden des Verwaltungsrates bereit.

Mit Ethos Services, Genf, wird eine Zusammenarbeit im Bereich **Corporate Governance** geführt. Dies betrifft die Analyse von Generalversammlungen von Schweizer Unternehmen sowie die Mitgliedschaft im Ethos Engagement Pool. Die Aktionärsrechte werden aus praktischen Gründen nur bei inländischen Gesellschaften ausgeübt.

Im Jahr 2012 wurden im Bereich Vermögensverwaltung verschiedene Beratungsmandate und Gutachten an die nachfolgend aufgeführten externen Institutionen vergeben:

c-alm AG, St. Gallen
Ernst & Young, Zürich
Ethos Services, Genf
Illmer Investment Performance Consulting AG, Schaffhausen
Kohlberg & Associates, Frankfurt
PPCmetrics AG, Zürich
PwC PricewaterhouseCoopers, Zürich
Siglo Capital Advisors AG, Zürich
Vischer AG, Basel
Wealthcare GmbH, Binningen

Die nachstehende Aufstellung zeigt die Kosten der Vermögensverwaltung, welche direkt in der Betriebsrechnung ersichtlich sind. Dies entspricht 0,11% des Vermögens.

Bezeichnung (in Mio. CHF)	**2012**	**2011**
Vermögensverwaltungsmandate	6,82	6,19
Honorare Anlagekommission, Investment Controller, Global Custodian (Depotgebühren) und Compliance Office	1,20	1,19
Diverse externe Dienstleistungen (z.B. Beratung, Gutachten, IT)	0,39	0,26
Interner Personal- und Sachaufwand	2,04	1,70
Total Kosten der Vermögensverwaltung (gemäss Betriebsrechnung)	**10,45**	**9,34**

Die nachfolgende Kostentransparenzübersicht zeigt die expliziten und impliziten Kosten der Vermögensverwaltung. Die expliziten Kosten weisen die Total Expense Ratio (TER) plus sämtliche Transaktions- und Steuerkosten sowie Zusatzkosten der gesamten Direktanlagen aus. Der Anteil der Direktanlagen beträgt rund 90% der Gesamtlagen. Die implizierten Kosten stellen ausschliesslich die Total Expense Ratio (TER) der kostentransparenten Kollektivanlagen dar. Diese machen rund einen Anteil von 10% der Gesamtanlagen aus.

Kostentransparenz – Übersicht	
Marktwert in CHF	10 246 450 965

	Kosten in CHF	**Kosten / Marktwert**
Total Explizite Kosten	**19 889 437**	**0,19%**
davon Total Expense Ratio (TER)	9 626 230	0,09%
davon Transaktions- und Steuerkosten, Zusatzkosten	10 263 207	0,10%
Total Implizite Kosten	**4 903 495**	**0,05%**
davon Aktienfonds	464	0,00%
davon Commodity Fonds	16 560	0,00%
davon Immobilienfonds	4 886 471	0,05%
Total	**24 792 932**	**0,24%**
Kostentranzparenzquote		**99,96%**
Direktanlagenquote		**89,53%**

Die nachstehende Tabelle zeigt die einzige nicht kostentransparenten Kollektivanlagen (im Bereich «Private Equity») gemäss Art. 48a Abs. 3 BVV2 per 31.12.2012, welche nicht in obiger Tabelle (Kostentransparenz-Übersicht) enthalten ist:

ISIN	CH0018604519
Bezeichnung	AKT BIOMEDINVEST AG, HUENENBERG CHF 80
Anzahl	60 000
Preiswährung	CHF
Marktpreis	65,00
Marktwert	3 900 000
In % des Totals	100,00%

6.2 Inanspruchnahme Erweiterungen mit Ergebnis des Berichts (Art. 50 Abs. 4 BVV 2)

Im Rahmen der alternativen Anlagen nimmt die PKBS Investitionen in Gold mittels Direktanlagen vor. Diese Anlagen stützen sich auf das Anlagereglement. Der Verwaltungsrat hat an seiner Sitzung vom 23. November 2011 die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten in Form von physischem Gold genehmigt.

Die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten ist aus Sicht der Kasse vertretbar und wird damit begründet, dass (1) die zuständigen Mitarbeitenden über das notwendige Fachwissen verfügen, (2) die Vermögensanlage den allgemeinen Anlagegrundsätzen (Sicherheit, Risikoverteilung, Ertrag und Liquidität) entspricht, (3) Reporting und Controlling jederzeit eine Beurteilung der finanziellen Lage und der Risiken erlauben, (4) die Erfüllung des Vorsorgezwecks nicht gefährdet wird und (5) somit Art. 50 BVV 2 eingehalten ist.

6.3 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Die Parameter zur Berechnung der Wertschwankungsreserve (WSR) sind im «Reglement betreffend Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Schwankungsreserven» vom 24. August 2006 festgehalten. Demnach wird die WSR nach einer finanzökonomischen Methode (Value at Risk) berechnet. Basis bilden die Zielwerte der aktuellen Anlagestrategie und die Sollrendite von 4,6% (4% technischer Zins; 0,5% technische Rückstellungen; 0,1% Verwaltungskosten). Absicherungsbasis ist das Total der Vorsorgekapitalien inkl. technischer Rückstellungen. Das Sicherheitsniveau beträgt 97,5% bei einem Zeitraum von einem Jahr. Die so errechnete Wertschwankungsreserve beträgt 17% der Vorsorgeverpflichtungen oder CHF 1 737 Mio. (Gesamtkasse). Es handelt sich dabei um einen Zielwert. Im Bereich Staat besteht zurzeit keine Wertschwankungsreserve. Bei einzelnen angeschlossenen Institutionen mit einem Deckungsgrad von über 100% ist der Betrag zwischen 100% und 117% als Wertschwankungsreserve separat in der Bilanz ausgewiesen. Freie Mittel bestehen erst, wenn der Wert von 117% überschritten ist.

6.4 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

Die nachstehende Aufstellung zeigt die verschiedenen Anlagekategorien per 31. Dezember 2012 zu Marktwerten:

Anlagekategorie (in Mio. CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Liquidität*	724	943
Obligationen	3 281	3 602
Aktien Inland	1 281	1 023
Aktien Ausland	1 806	1 465
Hypotheken	632	642
Immobilien Inland	1 885	1 586
Immobilien Ausland	277	214
Rohstoffe	250	158
Total	**10 090**	**9 633**
Sonstige Aktivposten in Bilanz	156	102
Total Bilanzsumme	**10 246**	**9 735**

* Liquidität enthält auch Marchzinsen, kurzfristige Forderungen und aktive Rechnungsabgrenzungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Struktur nach Anlagekategorie inklusive zugehöriger Liquidität per Ende des Geschäftsjahres 2012 im Vergleich zur Anlagestrategie (jeweils in Prozenten des Gesamtvermögens) sowie die taktische Abweichung:

Anlagekategorie	**31.12.2012**	**Strategie**	**Taktische Abweichung**	**Bandbreite**	**31.12.2011**
Liquidität	8,1%	7,5%	+0,6%	2,5 – 30,0%	10,7%
Obligationen	32,0%	35,0%	–3,0%	25,0 – 42,5%	37,0%
Hypotheken	6,2%	7,5%	–1,3%	2,5 – 12,5%	6,6%
Aktien Inland	12,5%	12,5%	+0,0%	5,0 – 15,0%	10,5%
Aktien Ausland	17,6%	17,5%	+0,1%	10,0 – 20,0%	15,1%
Immobilien Inland	18,4%	17,0%	+1,4%	12,0 – 22,0%	16,3%
Immobilien Ausland	2,7%	3,0%	–0,3%	0,0 – 6,0%	2,2%
Rohstoffe	2,5%	0,0%	+2,5%	0,0 – 5,0%	1,6%
Total	**100,0%**	**100,0%**	**0,0%**		**100,0%**

Einhaltung der Anlagevorschriften

Die Anlagevorschriften gemäss Art. 50 bis 58 BVV 2 wurden während des Berichtsjahres stets eingehalten.

6.5 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die laufenden derivativen Geschäfte zu Anrechnungswerten per 31. Dezember 2012 (gemäss Art. 56a Abs. 7 BVV 2):

(in Mio. CHF)	Marktwert	Ökonomisches Exposure	BVV 2 Exposure
Devisentermingeschäfte Obligationen	3,69	3,69	0,00
Derivatpositionen Aktien Inland	0,00	6,82	6,75
Devisentermingeschäfte Aktien Ausland	1,90	1,90	0,00
Derivatpositionen Aktien Ausland	0,00	38,29	36,33
Total	**5,59**	**50,70**	**43,08**

Die Devisentermingeschäfte mit Kontraktvolumen in Höhe von CHF 1 158,42 Mio. wurden mit der UBS AG, Zürich, sowie der Zürcher Kantonalbank, Zürich, abgeschlossen. Es handelt sich dabei um Währungsabsicherungen in Schweizer Franken für Anlagen in Fremdwährungen. Bei den Derivatpositionen Aktien Inland und Ausland handelte es sich um Futures und Warrants und somit um börsengehandelte Positionen.

Für die das Engagement erhöhenden Derivateinsätze waren die Liquiditätsanforderungen während des Jahres stets erfüllt. Die das Engagement reduzierenden Positionen waren unterjährig vollumfänglich gedeckt.

Zur Sicherung von allfälligen Forderungen der UBS AG aus Derivatgeschäften gegenüber der PKBS wurden der UBS AG per 31. Dezember 2012 Vermögenswerte im Umfang von CHF 224,2 Mio. verpfändet.

6.6 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter Securities Lending

Im Berichtsjahr wurde kein Securities Lending Programm ausgeführt.

6.7 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

Nettoertrag Flüssige Mittel und Geldmarktanlagen (in CHF)	2012	2011
Zinsertrag Bank- und Postguthaben	18 593	24 971
Zinsertrag Geldmarktforderungen	1 159 577	2 724 746
Veränderung Marchzinsen	29 393	–112 423
Total	**1 207 563**	**2 637 294**

Nettoertrag aus Forderungen und Darlehen (in CHF)	**2012**	**2011**
Zinsen von Versicherten für Einkäufe	2 208 819	2 211 305
Zinsen für Austrittsentschädigungen	–232 020	–407 792
Total	**1 976 799**	**1 803 513**

Nettoertrag aus Forderungen gegenüber Arbeitgebern (in CHF)	**2012**	**2011**
Zinsertrag auf Kontokorrent Staat	0	30 483
Zinsen von angeschlossenen Institutionen für Einkaufssummen	25 998	8 162
Total	**25 998**	**38 645**

Das Kontokorrent Staat wurde mit 0,0% (Vorjahr 0,094%) verzinst.

Nettoertrag Obligationen (in CHF)	**2012**	**2011**
Zinsertrag	70 563 199	76 229 037
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	60 596 915	106 639 567
Total	**131 160 114**	**182 868 604**

Nettoertrag Aktien und ähnliche Wertpapiere (in CHF)	**2012**	**2011**
Dividendenertrag	69 291 141	59 393 117
Erfolg aus Derivaten	–9 329 438	–15 703 782
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	316 042 331	–308 966 016
Total	**376 004 034**	**–265 276 681**

Nettoertrag Hypotheken (in CHF)	**2012**	**2011**
Hypothekarzinsen und -kommissionen	13 966 067	15 962 300
Auflösung von Wertberichtigungen	105 000	0
Total	**14 071 067**	**15 962 300**

Nettoertrag Immobilien (in CHF)	**2012**	**2011**
Immobilien Direktanlagen Inland:		
Liegenschaftsertrag brutto	74 058 711	68 189 578
Liegenschaftsaufwand	–23 103 944	–22 938 698
Marktwertanpassungen	19 323 818	12 141 899
Total Immobilien Direktanlagen Inland	**70 278 585**	**57 392 779**
Immobilien indirekte Anlagen:		
Dividenden indirekte Anlagen Inland	3 454 279	4 033 800
Marktwertanpassungen indirekte Anlagen Inland	21 286 744	18 752 680
Dividenden indirekte Anlagen Ausland	6 816 254	2 359 342
Marktwertanpassungen indirekte Anlagen Ausland	5 526 213	–8 199 612
Abgaben und Kommissionen	–98 486	–46 352
Total Immobilien indirekte Anlagen	**36 985 004**	**16 899 858**
Total Immobilien insgesamt	**107 263 589**	**74 292 637**

Nettoertrag Rohstoffe (in CHF)	**2012**	**2011**
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	481 645	–23 859 271
Total	**481 645**	**–23 859 271**

Zinsaufwand auf Arbeitgeber-Beitragsreserven (in CHF)	**2012**	**2011**
Zinsen auf Arbeitgeber-Beitragsreserven Staat	–44 549	0
Zinsen auf Arbeitgeber-Beitragsreserven Institutionen	–425 686	–434
Total	**–470 235**	**–434**

Kosten der Vermögensverwaltung (in CHF)	**2012**	**2011**
Kosten Verwaltungsmandate	–6 822 010	–6 186 463
Depotgebühren, Kommissionen, Sachkosten etc.	–3 631 275	–3 149 140
Total	**–10 453 285**	**–9 335 603**

6.8 Erläuterung der Anlagen bei Arbeitgebern und der Arbeitgeber-Beitragsreserven

Anlagen bei Arbeitgebern (in CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Forderungen gegenüber Staat	53 543 544	6 236 768
Forderungen gegenüber Institutionen	4 060 435	4 222 684
Total	**57 603 979**	**10 459 452**

Die Forderungen gegenüber dem Staat bestehen aus dem Saldo des Kontokorrents der PKBS bei der Finanzverwaltung Basel-Stadt. Die Forderungen gegenüber den Institutionen beinhalten im Wesentlichen die per 31. Dezember 2012 offenen Prämien-Beiträge des Monats Dezember.

Arbeitgeber-Beitragsreserven (in CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verwendungsverzicht:		
– Staat	1 183 652	2 206 150
– angeschlossene Institutionen	10 834 418	9 543 921
Total	**12 018 070**	**11 750 071**
Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht:		
– angeschlossene Institutionen	19 023 820	18 988 820
Total Arbeitgeber-Beitragsreserven	**31 041 890**	**30 738 891**

Die Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verwendungsverzicht werden zum Satz der im betreffenden Jahr auf dem PK-Vermögen erzielten Performance verzinst, jedoch nicht weniger als 0% und nicht höher als 4%. Dadurch wurden die Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht für das Jahr 2012 mit 4% (Vorjahr 0%) verzinst.
Die Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht werden gemäss BVG nicht verzinst.

7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

Immobilien (in CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Immobilien Direktanlagen Inland		
– Wohnimmobilien	892 000 000	868 690 000
– Geschäftsimmobilien	374 070 000	241 110 000
– Entwicklungsprojekte	41 337 428	8 146 722
Total Immobilien Direktanlagen Inland	**1 307 407 428**	**1 117 946 722**
Total Immobilien indirekte Anlagen Inland	**531 690 928**	**444 690 887**
Total Immobilien indirekte Anlagen Ausland	**277 086 649**	**209 420 164**
Total Immobilien	**2 116 185 005**	**1 772 057 773**

Aktive Rechnungsabgrenzungen (in CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Abgrenzungen Liegenschaftsabrechnung (Mietzinsen etc.)	8 497 820	7 561 423
Marchzinsen auf Obligationen und Geldmarktanlagen	29 477 476	39 468 231
Übrige transitorische Aktiven	8 747	44 533
Total	**37 984 043**	**47 074 187**

Passive Rechnungsabgrenzungen (in CHF)	**31.12.2012**	**31.12.2011**
Abgrenzungen Liegenschaftsabrechnung (Vorausbezahlte Mietzinsen etc.)	15 367 510	20 692 057
Übrige transitorische Passiven	2 675 096	2 449 739
Total	**18 042 606**	**23 141 796**

Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen

Unter dieser Position sind sowohl für den Staat, als auch für die angeschlossenen Institutionen die ordentlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge als auch die jeweiligen Einkäufe und Nachzahlungen der Arbeitgeber zusammengefasst. Die nachfolgende Tabelle informiert über die weiteren Einzelheiten:

Beiträge (in CHF)	**2012**	**2011**
Staat		
Arbeitnehmerbeiträge ordentliche	60 445 603	88 365 921
Arbeitgeberbeiträge ordentliche	110 085 900	161 048 728
Arbeitgeberbeiträge (Einlage in den Teuerungsfonds)	595 104	924 277
Nachzahlungen Arbeitnehmer	4 117 654	6 020 731
Nachzahlungen Arbeitgeber	426 191	729 294
Sanierungseinlage	0	0
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitnehmer	12 253 854	19 400 839
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitgeber	0	161 007
Total Beiträge Staat	**187 924 306**	**276 650 797**
Angeschlossene Institutionen		
Arbeitnehmerbeiträge ordentliche	58 688 328	26 638 636
Arbeitgeberbeiträge ordentliche	109 379 847	53 863 989
Arbeitgeberbeiträge (Einlagen in Teuerungsfonds)	619 304	257 865
Nachzahlungen Arbeitnehmer	3 889 346	1 904 365
Nachzahlungen Arbeitgeber	2 238 522	1 730 722
Sanierungsbeiträge Arbeitnehmer	1 181 893	1 042 260
Sanierungsbeiträge Arbeitgeber	1 235 234	1 071 736
Sanierungseinlagen	103 302 478	19 118 485
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitnehmer	11 653 684	7 725 828
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitgeber	1 867 509	398 851
Total Angeschlossene Institutionen	**294 056 145**	**113 752 737**
Freiwillig Versicherte	**30 062**	**59 247**
Übrige Beiträge		
Einlagen in die Arbeitgeber-Beitragsreserven	883 378	1 514 956
Entnahmen aus den Arbeitgeber-Beitragsreserven zur Beitragsfinanzierung	–303 613	0
Zuschüsse Sicherheitsfonds	29 819	0
Total übrige Beiträge	**609 584**	**1 514 956**
Gesamttotal Beiträge	**482 620 097**	**391 970 806**

Die oben unter «Angeschlossene Institutionen» in der Position «Sanierungseinlagen» ausgewiesene Zunahme von rund CHF 19 Mio. auf rund CHF 103 Mio. ist in erster Linie durch die Sanierungseinlage der Universität Basel zu erklären.

Diese Position enthält alle Freizügigkeitsleistungen sowie die Einzahlungen von WEF-Vorbezügen und Scheidungen:

Eintrittsleistungen (in CHF)	**2012**	**2011**
Freizügigkeitsleistungen:		
– Staat	54 644 297	79 053 398
– angeschlossene Institutionen	82 703 274	22 707 563
Total Freizügigkeitsleistungen	**137 347 571**	**101 760 961**
Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidungen:		
– Staat	1 404 874	2 466 489
– angeschlossene Institutionen	1 222 261	216 026
Total Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidungen	**2 627 135**	**2 682 515**
Total Übertragung bei kollektivem Eintritt	**3 543 948**	**0**
Total Eintrittsleistungen	**143 518 654**	**104 443 476**

In dieser Position sind die Verwaltungskosten ohne die Kosten der Vermögensverwaltung enthalten:

Verwaltungsaufwand (in CHF)	**2012**	**2011**
Allgemeine Verwaltung: Personalkosten	3 141 555	3 108 080
Allgemeine Verwaltung: Übriger Aufwand	1 723 739	1 540 284
Revisionsstelle und Experte für berufliche Vorsorge	258 064	241 547
Aufsichtsbehörden	88 360	6 100
Total Verwaltungsaufwand	**5 211 718**	**4 896 011**

Die Verwaltungskosten des Bereiches Vermögensanlagen (Personal und übriger Aufwand) sind in der Position «Kosten der Vermögensverwaltung» im Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage enthalten.

8. Auflagen der Aufsichtsbehörde

Es liegen zur Zeit keine unerledigten Auflagen vor.

9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

9.1 Unterdeckung/Erläuterung der getroffenen Massnahmen

Die laufenden indirekten Sanierungskonzepte im Versichertenbereich Staat sowie bei acht angeschlossenen Arbeitgebern sind im Berichtsjahr unverändert weiter geführt worden. Die Aktivversicherten der jeweiligen Vorsorgewerke leisten höhere ordentliche Beiträge und die Rentenbeziehenden verzichten auf ihren Anteil an Teuerungsanpassung. Mit der Universität Basel hat eine weitere angeschlossene Institution dieses Konzept gewählt. Dieses läuft seit 31. August 2012. Die übrigen laufenden direkten Sanierungskonzepte sind im Berichtsjahr gleichfalls unverändert weiter geführt worden.

Aufgrund der allgemeinen Entwicklung im Deckungsgrad mussten aufgrund des Standes per Ende Vorjahr keine neuen Sanierungen in die Wege geleitet werden. Per Bilanzstichtag, 31. Dezember 2012, waren die Verhandlungen über Sanierungsmassnahmen mit der Institution Wohngruppen Karpfenweg noch nicht abgeschlossen.

Keine Sanierungsvereinbarung konnte bisher mit folgenden Institutionen gefunden werden:

- Basler Kunstverein
- Merian Iselin Spital
- Motorfahrzeugprüfstation beider Basel
- REHAB Basel AG
- Sehbehindertenhilfe Basel-Stadt und -Land
- Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- Zoologischer Garten Basel AG

9.2 Verwendungsverzicht des Arbeitgebers auf Arbeitgeber-Beitragsreserven

Für acht Vorsorgewerke bestehen Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht von insgesamt CHF 19,0 Mio. (Vorjahr CHF 19,0 Mio.).

Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht werden nicht verzinst und dienen der Reduktion der bestehenden Unterdeckung. Verbessert sich der Deckungsgrad des Vorsorgewerks im Laufe der Zeit so weit, dass auch ohne diesen Betrag eine 100%-Deckung erreicht ist, entfällt der Zusatz «mit Verwendungsverzicht», so dass dannzumal diese Beitragsreserve zur Begleichung von ordentlichen Arbeitgeberbeiträgen herangezogen werden kann.

9.3 Teilliquidationen

Das Teilliquidationsverfahren Stiftung Sinfonieorchester Basel sowie die Totalliquidation des Vorsorgewerkes Stiftung Wirrgarten Basel sind im Berichtsjahr abgeschlossen worden.

9.4 Laufende Rechtsverfahren

Es sind keine laufenden Rechtsverfahren im Gang, welche für die PKBS substantielle Risiken beinhalten.

9.5 Besondere Geschäftsvorfälle und Vermögens-Transaktionen

Es bestehen keine besonderen Geschäftsvorfälle und Vermögens-Transaktionen.

10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bereits im Jahr 2011 hat der Verwaltungsrat die Umstellung von EVK 2000 (4%) auf die neue Rechnungsgrundlagen VZ 2010 (4%) per 1. Januar 2013 beschlossen. Nachfolgend ist die Änderung in der Bewertung dargestellt:

Aktiven (in CHF)	**31.12.2012**	**Bewertungsänderung EVK 2000 → VZ 2010**	**01.01.2013**
Vermögensanlagen	10 208 466 922		10 208 466 922
Aktive Rechnungsabgrenzungen	37 984 043		37 984 043
Total Aktiven	**10 246 450 965**		**10 246 450 965**

Passiven (in CHF)	**31.12.2012**	**Bewertungsänderung EVK 2000 → VZ 2010**	**01.01.2013**
Verbindlichkeiten	23 000 938		23 000 938
Passive Rechnungsabgrenzungen	18 042 606		18 042 606
Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verw,verzicht	12 018 070		12 018 070
Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verw,verzicht	19 023 820		19 023 820
Vorsorgekapital aktive Versicherte	4 215 381 897	114 898 881	4 330 280 778
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	5 448 071 290	497 307 869	5 945 379 159
Technische Rückstellungen	587 778 480	–538 205 522	49 572 958
Wertschwankungsreserven/Freie Mittel/ Unterdeckung	–76 866 136	–74 001 228	–150 867 364
Total Passiven	**10 246 450 965**		**10 246 450 965**
Deckungsgrad	**99,4%**	**–0,7%**	**98,7%**

Der infolge Umstellung höhere Kapitalbedarf beim Vorsorgekapital Aktivversicherte von CHF 114 898 881 und beim Vorsorgekapital Rentenbeziehende von CHF 497 307 869 konnte nur teilweise durch Auflösung von technischen Rückstellungen im Umfang von CHF 538 205 522 kompensiert werden. Der fehlende Kapitalbetrag von CHF 74 001 228 geht zu Lasten Deckungsgrad, welcher dadurch per 1. Januar 2013 um 0,7-Prozentpunkte gesunken ist.

11. Abkürzungen und Begriffe

Aktive Versicherte	Erwerbstätige Versicherte.
Altersguthaben BVG	Summe der jährlichen Altersgutschriften gemäss Bundesgesetz inkl. deren Verzinsung zum Mindestzinssatz.
Arbeitgeber	Unternehmen, mit denen die PKBS einen Anschlussvertrag abgeschlossen hat.
Arbeitnehmende	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einen Arbeitsvertrag mit einem angeschlossenen Unternehmen haben.
Asset-Liability Studie	Ziel einer Asset-Liability Studie (asset = dt. Vermögensanlagen; liability = dt. versicherungstechnische Verbindlichkeiten/Vorsorgekapital) ist die Bestimmung einer Anlagestrategie, welche optimal auf die Risikofähigkeit der Pensionskasse abgestimmt ist und die Renditeziele der Pensionskasse berücksichtigt.
Austrittsleistung	Auszahlungsbetrag bei Austritt aus der PKBS, bevor ein Vorsorgefall (Alter, Tod, Invalidität) eingetroffen ist. Die Austrittsleistung entspricht dem Barwert der erworbenen Leistungen (bzw. dem vorhandenen Altersguthaben im BVG-Plan), mindestens jedoch der Mindestleistung gemäss Art. 17 des Freizügigkeitsgesetzes sowie mindestens dem BVG-Altersguthaben.
Barwert der erworbenen Leistung (BEL)	Dieser Wert entspricht dem Kapitalwert der erworbenen Leistungen am Berechnungsstichtag. Die erworbenen Leistungen errechnen sich aus den versicherten Leistungen, die im Verhältnis der zurückgelegten zur gesamten Versicherungsdauer gekürzt werden.
Beitragsprimat/BP	Die Höhe der Altersleistung wird grundsätzlich vom Umfang des aus den jeweiligen individuellen Beiträgen angesparten und verzinsten Kapitals bestimmt.
Benchmark	Vergleichskriterium/Messlatte für die erzielte Performance.
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984. Es handelt sich um ein Rahmengesetz mit Mindestnormen (BVG-Obligatorium), das seit dem 1. Januar 1985 in Kraft ist.
BVG-Registrierung	Eintrag in das Register für die berufliche Vorsorge. Einzutragen sind jene Vorsorgeeinrichtungen, die das Obligatorium gemäss BVG durchführen.
BVG-Zinssatz	Mindestzinssatz zur Verzinsung des BVG-Altersguthabens (2011: 2,0%; 2010: 2,0%).

BVV2-Exposure	Wie (→) ökonomisches Exposure, wobei hier jedoch die engagementerhöhenden derivativen Instrumente zum vollen Basiswertvolumen, d.h. nicht delta-adjustiert (mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100%), berücksichtigt werden. Die engagementsenkende Wirkung von Long Puts und Short Calls darf demgegenüber nicht in Abzug gebracht werden.
Core-Satellite-Ansatz	Als Core-Satellite-Ansatz bezeichnet man im Portfoliomanagement die Aufteilung eines Portfolios auf eine breit diversifizierte Kerninvestition («Core»), die eine Grundrendite mit ausreichender Sicherheit bieten soll, und mehrere Einzelinvestitionen («Satellite») mit höherem Risiko und Renditepotenzial, die zur Renditesteigerung angehängt werden.
Deckungsgrad	Verhältnis zwischen dem vorhandenen Nettovermögen und den Vorsorgeverpflichtungen in Prozent.
Deckungskapital	Deckungskapital ist das benötigte Kapital, um die gegenüber den Versicherten eingegangenen reglementarischen Verpflichtungen finanzieren zu können.
Destinatäre	Aktiv Versicherte und Rentner der PKBS
Direktanlagenquote	Die Direktanlagenquote gibt Auskunft darüber, welcher Prozentsatz der Vermögensanlagen in Direktanlagen investiert ist.
Enhanced-Ansatz	Anlageansatz, welcher dem passiven Management ähnlich ist. Der Portfoliomanager hat die Möglichkeit, vom definierten Benchmark (Index) gewisse Abweichungen vorzunehmen und dadurch eine Optimierung zu erreichen.
Freizügigkeitsleistung	Siehe → Austrittsleistung.
Geschäftsstelle	Durchführungsstelle der laufenden Geschäfte der PKBS.
Kombiprimat/KP	Kombination von Beitragsprimat (Altersleistungen) und Leistungsprimat (Invaliditäts- und Todesfallleistungen)
Kostentransparenzquote	Die Kostentransparenzquote gibt Auskunft darüber, welcher Prozentsatz der Vermögensanlagen in kostentransparenten Kapitalanlagen investiert ist.
Leistungsprimat/LP	Das Leistungsprimat definiert die Altersleistung im Voraus, und zwar in Prozenten des versicherten Lohnes. Davon ausgehend wird die Höhe der Beiträge der Versicherten und des Arbeitgebers bestimmt. Für die Anpassung an Besoldungs- oder Versicherungserhöhungen sowie die Teuerung sind in der Regel Nachzahlungen zu entrichten.

Ökonomisches Exposure	Das ökonomische Exposure gibt an, welches Engagement mit einem Portefeuille eingegangen wird. Hierzu werden die derivativen Instrumente mit ihren Basisinstrumenten «gleichnamig» gemacht, was die Aggregation aller Positionen innerhalb einer Anlagekategorie erlaubt.
Performance	Ausdruck für die Wertentwicklung (Wertzuwachs oder Wertverminderung) von Kapitalanlagen unter Mitberücksichtigung der Ertragsausschüttungen und Kursveränderungen.
Private Equity	Private Equity ist eine Form des Beteiligungs- bzw. Aktienkapitals, bei der die vom Kapitalgeber eingegangene Beteiligung nicht an geregelten Märkten wie Börsen handelbar ist. Häufig erfolgt die Beteiligungsform für institutionelle Anleger über spezialisierte Kapitalbeteiligungsgesellschaften.
Securities Lending	Ausleihen von Wertpapieren auf bestimmte oder unbestimmte Frist gegen Erhalt einer Kommission. Das wirtschaftliche Eigentum (Nutzniessung) verbleibt beim Ausleiher, dieser bezieht bis zum Abschluss der Transaktion Zinsen und Dividenden.
Swiss GAAP FER	Fachempfehlungen zur Rechnungslegung. Die Fachempfehlung Nr. 26 (Swiss GAAP FER 26) legt für alle Vorsorgeeinrichtungen verbindliche Rechnungslegungsnormen fest. Die Verwendung von Swiss GAAP FER 26 ist im BVG vorgeschrieben.
Technische Rückstellungen	Versicherungstechnische Rückstellungen dienen primär zur Absicherung von Risikoschwankungen und zur Vorfinanzierung der Zunahme der Lebenserwartung.
Technischer Zinssatz	Der technische Zinssatz ist ein langfristig ausgerichteter Zinssatz, der für versicherungstechnische Berechnungen wie z.B. die Berechnung des Umwandlungssatzes sowie der Rentenbarwerte massgebend ist (Diskontsatz für die künftigen Rentenzahlungen).
Total Expense Ratio (TER)	Die TER ist eine Kennzahl, die Aufschluss darüber gibt, welche Kosten bei einem Investmentfonds jährlich zusätzlich zum Ausgabeaufschlag anfallen. Die TER greift auf Ebene des Fonds und enthält Verwaltungsgebühren, wie z.B. für die Fondsgeschäftsführung, das Portfoliomanagement, die Kosten für die Wirtschaftsprüfung und die allgemeinen Betriebskosten sowie sonstige Kosten wie Depotbankgebühren. Die TER beinhaltet jedoch nicht die Transaktionskosten, d.h. die auf Fondsebene beim Kauf und Verkauf entstehenden Abwicklungskosten, Maklerkosten und die in der Regel gesondert aufgeführten erfolgsabhängigen «Performance Fees».
Unterdeckung	Eine Unterdeckung besteht, wenn am Bilanzstichtag das nach anerkannten Grundsätzen durch den Experten für berufliche Vorsorge berechnete versicherungstechnisch notwendige Vorsorgekapital nicht durch das dafür verfügbare Vorsorgevermögen (Aktiven zu Marktwerten abzüglich kaufmännische Verbindlichkeiten) gedeckt ist.

Umhüllende Vorsorgeleistungen	Dies sind Leistungen, welche zusätzlich zu den obligatorischen Leistungen nach BVG, auch vor- und/oder überobligatorische Leistungen beinhalten.
Versicherte Personen	Alle in die Pensionskasse aufgenommenen Arbeitnehmenden.
Versichertenkollektiv	Vorsorgewerk mit eigener Finanzierung (Staat; angeschlossene Institution).
Verwaltungsrat	Paritätisch besetztes oberstes Organ der PKBS.
Wertschwankungsreserven	Reserven, die zur Absicherung von Wert- und Renditeschwankungen auf dem Vermögen dienen. Sie haben so einen Glättungseffekt und tragen dazu bei, eine Unterdeckung zu verhindern.
Wohneigentumsförderung (WEF)	Durch Vorbezug oder Verpfändung von Teilen der Austrittsleistung wird der Erwerb von genutztem Wohneigentum gefördert.

Teil III: Bericht der Revisionsstelle

pwc

Bericht der Revisionsstelle
an den Verwaltungsrat der
Pensionskasse Basel-Stadt
Basel

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung

Als Revisionsstelle haben wir die auf den Seiten 14 bis 54 des Geschäftsberichts wiedergegebene Jahresrechnung der Pensionskasse Basel-Stadt, bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang, für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, dem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) und den Reglementen verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung einer internen Kontrolle mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung des Experten für berufliche Vorsorge

Für die Prüfung bestimmt der Verwaltungsrat neben der Revisionsstelle einen Experten für berufliche Vorsorge. Dieser prüft periodisch, ob die Vorsorgeeinrichtung Sicherheit dafür bietet, dass sie ihre Verpflichtungen erfüllen kann und ob die reglementarischen versicherungstechnischen Bestimmungen über die Leistungen und die Finanzierung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Für die für versicherungstechnische Risiken notwendigen Rückstellungen ist der aktuelle Bericht des Experten für berufliche Vorsorge nach Art. 52e Absatz 1 BVG in Verbindung mit Art. 48 BVV 2 massgebend.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer die interne Kontrolle, soweit diese für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrolle abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz, dem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) und den Reglementen.

PricewaterhouseCoopers AG, St. Jakobs-Strasse 25, Postfach, 4002 Basel
Telefon: +41 58 792 51 00, Telefax: +41 58 792 58 82, www.pwc.ch

PricewaterhouseCoopers AG ist Mitglied eines globalen Netzwerks von rechtlich selbständigen und voneinander unabhängigen Gesellschaften.

pwc

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher und anderer Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung (Art. 52b BVG) und die Unabhängigkeit (Art. 34 BVV 2) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

Ferner haben wir die weiteren in Art. 52c Abs.1 BVG und Art. 35 BVV 2 vorgeschriebenen Prüfungen vorgenommen. Der Verwaltungsrat ist für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und die Umsetzung der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zur Organisation, zur Geschäftsführung und zur Vermögensanlage verantwortlich.

Wir haben geprüft, ob

- die Organisation und die Geschäftsführung den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entsprechen und ob eine der Grösse und Komplexität angemessene interne Kontrolle existiert;
- die Vermögensanlage den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entspricht;
- die Alterskonten BVG den gesetzlichen Vorschriften entsprechen;
- die Vorkehren zur Sicherstellung der Loyalität in der Vermögensverwaltung getroffen wurden und die Einhaltung der Loyalitätspflichten sowie die Offenlegung der Interessenverbindungen durch das oberste Organ hinreichend kontrolliert wird;
- im Falle einer Unterdeckung die Vorsorgeeinrichtung die erforderlichen Massnahmen zur Wiederherstellung der vollen Deckung eingeleitet hat;
- die vom Gesetz verlangten Angaben und Meldungen an die Aufsichtsbehörde gemacht wurden;
- in den offen gelegten Rechtsgeschäften mit Nahestehenden die Interessen der Vorsorgeeinrichtung gewahrt sind.

Wir bestätigen, dass die diesbezüglichen anwendbaren gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften eingehalten sind.

Die Jahresrechnung weist für den Bereich Staat eine Unterdeckung von CHF 77 Mio. und einen Deckungsgrad von 98.7% aus, während sich der durchschnittliche Deckungsgrad der angeschlossenen Institutionen auf 100.5% beläuft. Von den insgesamt 72 Vorsorgewerken der angeschlossenen Institutionen weisen 35 Vorsorgewerke eine Unterdeckung von insgesamt CHF 51 Mio. aus, wobei sich der Betrag unter Berücksichtigung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht von CHF 19 Mio. auf CHF 32 Mio. vermindert. Die vom Verwaltungsrat unter Beizug des Experten für berufliche Vorsorge in Zusammenarbeit mit den Institutionen eigenverantwortlich erarbeiteten Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung, zur Vermögensanlage und zur Information der Destinatäre sind im Anhang der Jahresrechnung dargestellt. Aufgrund von Art. 35a Abs. 2 BVV 2 müssen wir in unserem Bericht festhalten, ob die Anlagen mit der Risikofähigkeit der Vorsorgeeinrichtung in Unterdeckung in Einklang stehen. Gemäss unserer Beurteilung halten wir fest, dass

- der Verwaltungsrat seine Führungsaufgabe in der Auswahl einer der gegebenen Risikofähigkeit angemessenen Anlagestrategie, wie im Anhang der Jahresrechnung unter Ziffer 6.1 erläutert, nachvollziehbar wahrnimmt;
- der Verwaltungsrat bei der Durchführung der Vermögensanlage die gesetzlichen Vorschriften beachtet und insbesondere die Risikofähigkeit unter Würdigung der gesamten Aktiven und Passiven nach Massgabe der tatsächlichen finanziellen Lage sowie der Struktur und zu erwartenden Entwicklung des Versichertenbestandes ermittelt hat;
- die Anlagen beim Arbeitgeber den gesetzlichen Vorschriften entsprechen;

2

pwc

- die Vermögensanlage unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen mit den Vorschriften von Art. 49a und 50 BVV 2 in Einklang steht;
- die Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung vom Verwaltungsrat unter Beizug des Experten für berufliche Vorsorge beschlossen, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und des Massnahmenkonzeptes umgesetzt sowie die Informationspflichten eingehalten wurden;
- der Verwaltungsrat die Wirksamkeit der Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung bisher überwacht hat. Er hat uns zudem bestätigt, dass er die Überwachung fortsetzen und bei veränderter Situation die Massnahmen anpassen wird.

Wir halten fest, dass die Möglichkeit zur Behebung der Unterdeckung und die Risikofähigkeit bezüglich der Vermögensanlage auch von nicht vorhersehbaren Ereignissen abhängen, z.B. Entwicklungen auf den Anlagenmärkten und bei den Arbeitgebern.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

PricewaterhouseCoopers AG

Roland Sauter
Revisionsexperte
Leitender Revisor

Matthias Sutter
Revisionsexperte

Basel, 29. Mai 2013

3

PKBS
Pensionskasse Basel-Stadt
Clarastrasse 13 · Postfach · 4005 Basel